

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich zweimal am Dienstag u. Freitag.
Abonnementspreis, mit der Beilage.
Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg.,
vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier
Zustellung ins Haus monatlich
5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,35 Mk.
Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespal-
tene Zeile oder deren Raum
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der Freien
Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beleg-
exemplar kostet 10 Pfg. Sprech-
stunden der Redaktion, an allen
Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 50.

Danzig, den 18. Juni 1913.

4. Jahrgang.

Von unten auf!

Ein Dämpfer kam von Biberich: — stolz war die Furche, die er zog!
Er qualmt' und räderte zu Tal, daß rechts und links die Brandung flog!
Von Wimpeln und von Flaggen voll, hoch er hinab reckt und erfreut:
Den König, der in Preußen herrscht, nach seiner Rheinburg trug er heut!

Die Sonne schien wie lauter Gold! Auftauchte schimmernd Stadt um Stadt!
Der Rhein war wie ein Spiegel klar, und das Berdeck war blank und glatt!
Die Dielen blühten frisch gebohnt, und auf den Schmalen her und hin
Vergnügten Auges wandelten der König und die Königin!

Nach allen Selten schaut' umher und winkte das erhabne Paar;
Des Rheingau's Reben grühten sie und auch dein Ruhm, Sankt Goar!
Sie sahn zu Rhein, sie sahn zu Berg: — wie war das Schifflein doch so nett!
Es ging sich auf den Dielen fast, als wie auf Sanssoucis Parkett!

Doch unter all der Nettigkeit und unter all der schwimmenden Pracht,
Da frist und flammt das Element, das sie von dannen schießen macht;
Da schafft in Ruh und Feuersglut, der dieses Glanzes Seele ist;
Da steht und schürt und ordnet er — der Proletarier-Maschinist!

Da draußen lacht und grüht die Welt, da draußen blüht und rauscht der Rhein —
Er flert den lieben langen Tag in seine Flammen nur hinein!
Im wollen Hemde, halbernackt, vor seiner Esse muß er steh'n
Derweil ein König über ihm einschürft der Berge freies Weh'n!

Jetzt ist der Ofen zugeheilt, und alles geht und alles paßt;
So gönnt er auf Minuten denn sich eine kurze Sklavenrast.
Mit halbem Leibe taucht er auf aus seinem lodernden Berdeck;
In seiner Faktur steht er da, und überschaut sich das Berdeck.

Das glüh'nde Eisen in der Hand, Antlitz und Arme rot erhitzt,
Mit der gewölbten haar'gen Brust auf das Geländer breit gestützt
So läßt er schweifen seinen Blick, so murrst er fels dem Fürsten zu:
„Wie mahnt dies Boot mich an den Staat! Licht auf den Höhen wandelst Du!

„Tief unten aber, in der Nacht und in der Arbeit dunkelm Schoß,
Tief unten, von der Not gespornt, da schilt' und schmiel' ich mir mein Los!
Nicht meines nur, auch Deines, Herr! Wer hält die Räder Dir im Takt,
Wenn nicht mit schwielenharter Faust der Heizer seine Eisen packt?

„Du bist vielweniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!
Beherrsch' ich nicht, auf dem Du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
Es liegt an mir: — Ein Ruck von mir, ein Schlag von mir zu dieser Frist,
Und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem Du die Spitze bist!

„Der Boden birst, aufschlägt die Blut und sprengt Dich krachend in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!

„Dann schreit ich jauchzend durch die Welt! Auf meinen Schuitem, stark und breit,
Ein neuer Sankt Christophorus, trag' ich den Christ der neuen Zeit!
Ich bin der Riese, der nicht wankt! Ich bin's, durch den zum Siegesfest
über den tosenden Strom der Zeit der Heiland Geist sich tragen läßt!“

So hat in seinen krausen Bart der großende Zyklop gemurrt;
Dann geht er wieder an sein Werk, nimmt sein Geschirr, und stocht und purrt.
Die Hebel knirschen auf und ab, die Flamme strahlt ihm ins Gesicht,
Der Dampf rumort; — er aber sagt: „Heut, zornig Element noch nicht!“

Der bunte Dämpfer unterdes legt vor Kapellen zischend an;
Sechsspännig fährt die Majestät den jungen Stolzenfels hinan.
Der Heizer auch blickt auf zur Burg; von seinen Flammen nur behorrt,
Lacht er: „El, wie man immer doch für künftige Ruinen sorgt!“

Ferdinand Freiligrath.

Der Rückzug des Zentrums.

Gegenüber der Wehrrvorlage hat das Zentrum wieder einmal die Taktik eingeschlagen, die es immer angewendet, wenn die Regierung vom Reichstag die Bewilligung neuer Lasten für das Volk fordert. Es entrüstet sich, protestiert, macht Abstriche, droht mit völliger Ablehnung, um zunächst einmal seinen Wählern zu zeigen, wie es ihre Interessen vertritt. Ist aber der Zweck erfüllt, das Zentrum im vollem Glanze der Volksfreundlichkeit erspähen zu lassen, und ist nebenbei auch die Regierung durch das wilde Getöse vor den Kulissen eingeschüchtern, so setzt Herr Spahn seinen Zylinder auf, begibt sich ins Reichskanzlerpalais und — ohne daß der von seiner Presse eingefesselte Zentrumswähler recht etwas merkt, ist das Zentrum umgefallen und bewilligt alles.

Wie hat nicht dieser Tage das Zentrum gedroht und von völliger Ablehnung der gesamten Wehrrvorlage gesprochen. Wie wacker hat es nicht abstrichen und der Regierung Nadelstiche versetzt. Und nun zeigt sich schon heute, daß alles eitel Schaumströme gewesen ist, Blendwerk, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen.

Da sind zunächst einmal die berühmten drei Kavallerieregimenter. Das Zentrum hatte bekanntlich großes Aufsehen davon gemacht, daß seine Kommissionsmitglieder mit Hilfe der Sozialdemokratie von der Regierungsvorlage, die sechs neue Regimenter forderte, die Hälfte, drei Regimenter, abgestrichen hatten. Das sah sehr manhaft aus und imponierte den Wählern. Doch auch die Freude sollte nur von kurzer Dauer sein. Denn heute schon gibt die Zentrumspresse folgendes bekannt:

Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, ihren Mitgliedern bezüglich der von der Regierung geforderten 6 Kavallerieregimenter die Abstimmung freizugeben. Es wird ein kleiner Teil der Fraktion gegen jede Vermehrung der Kavallerieregimenter stimmen, ein anderer für den Kommissionsbeschluß eintreten und ein anderer für die ganze Regierungsvorlage.

Das ist, wie das bei Zentrumserklärungen stets der Fall zu sein pflegt, jesuitisch verknäuelert ausgedrückt, bedeutet aber im Grunde nichts weiter, als daß das Zentrum der Regierung sämtliche Regimenter glatt bewilligen will. Denn da die Rechte und die Nationalliberalen im Reichstag geschlossen für die Regierungsvorlage uns insbesondere gerade für diesen Teil eintreten dürften, so macht es gar nichts aus, wenn ein kleiner Teil der Zentrumsfraktion durch Ablehnung von drei oder auch sechs Regimentern Mannesmut markiert. Die Wähler werden schon dafür sorgen, daß genügend viel Abgeordnete des Zentrums für alle sechs Regimenter stimmen, so daß diese angenommen werden. Damit hat dann das Zentrum seine „Regierungsfähigkeit“ bewiesen und sich Herrn von Bethmann-Hollweg zu Dank verpflichtet, den Wählern gegenüber verweist man auf die paar Mann, die fest geblieben sind. So hat dann das Doppelspiel seinen Zweck erfüllt.

Genau wie im kleinen, so auch im großen. „Keine Ausgabe ohne Deckung!“ hatte das Zentrum geschrien und gedroht, die ganze

Wehrrvorlage scheitern zu lassen, wenn nicht vor der endgültigen Annahme die Frage der Kostendeckung geregelt sei. Das war allerdings schon eine Heuchelei, denn dem Zentrum kam es im Grunde gar nicht auf die Wahrung eines an sich gut demokratischen Grundsatzes an, sondern es wollte mit dieser Parole nur erzwingen, daß die Deckung in seinem Sinne erfolge. In Wahrheit bedeutete der Ruf: „Keine Ausgabe ohne Deckung!“ für das Zentrum nur: Wir lehnen die Wehrrvorlage ab, wenn uns nicht die Garantie gegeben wird, daß sich unter den zur Deckung herangezogenen Steuern nicht die verhasste Erbschaftsteuer befindet.

Das Zentrum drohte also nur mit der Ablehnung, um auf diesem Wege eine ihm unbecommene, beim Volke aber populäre Steuer zu Fall zu bringen und die Lasten der Militärvorlage der breiten Masse des Volkes aufzwingen zu können. Nicht aus Liebe zum Volke sperrte es sich gegen die Wehrrvorlage, sondern um die Steuerscheu der ihm verbündeten Großgrundbesitzer zu begünstigen. Eine laubere demokratische Politik!

Mit seiner dräuenden Haltung hoffte das Zentrum zweierlei zu erreichen. Einmal wollte es die Regierung zwingen, in der Frage der Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuer eine mögliche ablehnende Stellung einzunehmen. Aus Furcht, die Wehrrvorlage am Widerstand des Zentrums scheitern zu sehen, sollte Herr v. Bethmann-Hollweg einen Druck auf die Liberalen ausüben und diesen erklären, daß es die Wehrrvorlage nicht ohne Deckung (d. h. Deckung im Zentrumsinne, ohne direkte Reichssteuer) annehmen würde. Diesen Plan hat die Kölnische Volkszeitung, das führende Organ des Zentrums im Westen, in einem Artikel, überschrieben: „Keine Ausgaben ohne Deckung“, dieser Tage klar enthüllt. Dort heißt es:

„Die Regierung trägt die Verantwortung für alle Folgen ernstlicher drohender Konflikte. Sobald die Regierung unzweideutig erklärt, daß sie die Wehrrvorlage nicht ohne Deckung, d. h. nicht ohne Bereitstellung der Mittel für die Ausgaben annimmt, und daß eine Einigung der bürgerlichen Parteien über die Beschaffung dieser Mittel die Voraussetzung für die Verabschiedung der Militärvorlage ist, in demselben Augenblick ist auch die Taktik der Linken mit ihren parteipolitischen Nebensichten durchkreuzt. Eine solche unzweideutige Erklärung der Regierung wäre die sicherste und schnellste Förderung der Deckungsvorlage und einer Einigung der bürgerlichen Parteien über die Beschaffung der Mittel für die bewilligten Ausgaben. Jetzt spielte der Feind den großen Mutigen, der es riskiert, das große Programm des Liberalismus, Großloch im Reichstage und Erbschaftsteuer bei dieser Frage aufzurollen. Gewisse Kreise der Nationalliberalen ermutigen den Feind mit einer großen Geste; die Sozialdemokratie sieht wohlgenügt und gönnerhaft zu und bläst gelegentlich in das liberale Feuerchen. Dem Spiele wäre mit einer entschiedenen, unzweideutigen Erklärung der Regierung ein Ende gemacht. Daß es allmählich höchste Zeit dazu wird, kann jeder einsehen, der die Dinge im Reichstage seit einigen Monaten betrachtet. Mit Reichstagsauflösungen und dergleichen Drohungen kann man das Zentrum nicht schrecken und nicht gefügig machen. Das sollte Abgeordnete Bassermann wie die ganze liberale Presse bedenken.“

Diese Sätze enthüllen auch gleich den zweiten Plan des Zentrums. Man will außer der Regierung auch die Liberalen schrecken und durch das Gespenst einer Reichstagsauflösung wenigstens einen Teil der Nationalliberalen von der Linken abziehen. Wer die Pfaffenweichei dieser Fraktion kennt, wird den Plan nicht einmal als dummen bezeichnen können.

Einwilligen hat er aber noch nicht zum Ziel geführt. Der Reichstag ist durch einen Mehrheitsbeschluß der Linken in die zweite Lesung der Wehrrvorlage eingetreten, noch ehe sich das Schicksal der Deckungsvorlage entschieden, ja nur geklärt hat. Und auch die Regierung verhält sich einstweilen noch schwankend.

Nach einer Mitteilung der Täglichen Rundschau hat eine vertrauliche Frühlingnahme unter den verbündeten Regierungen stattgefunden, um eine Stellungnahme zur Reichsvermögenssteuer herbeizuführen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen war eine fast einstimmige Ablehnung des Gedankens, der Einführung einer Reichsvermögenssteuer zuzustimmen. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen steht — nach derselben Quelle — auf dem Standpunkt, daß die Deckung der dauernden Ausgaben entweder durch Zurückgreifen auf die Regierungsvorschläge, wobei auch weitgehende Abänderungen vorgenommen werden könnten, oder durch Einführung der Erbschaftsteuer gefunden werden muß. Wenn der Reichstag die Erbschaftsteuer beschließt, so wird sie der Bundesrat zweifellos annehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich die Beschlüsse des Reichstages in ihren Grundzügen an die Regierungsvorlage vom Jahre 1908 anlehnen.

Das ist zwar in der Frage der Reichsvermögenssteuer eine scharfe Ablehnung, in der Frage der Erbschaftsteuer aber eine ebenso entschiedene Annahme. Dem Zentrum kann jedenfalls von seinem Standpunkt aus mit dieser Haltung der Regierung nicht gedient sein.

Was tut es nun? Macht es seine Drohung wahr, lehnt es die Wehrrvorlage ab, erzwingt es die Auflösung des Reichstages? — O weit gefehlt! Die trügerischen Worte des westlichen Zentrumsblasses sind noch kaum verhallt, da berichtet schon das östliche Hauptorgan, die Germania, von neuen Verhandlungen, die zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien des Reichstages im Gange seien. Sie haben die Regierungsvorschläge zur Grundlage, allerdings mit der Einschränkung, daß anstelle der im sogenannten Sicherheitsgesetz enthaltenen Vermögenszuwachssteuer eine Reichsvermögenssteuer treten soll. In unterrichteten Kreisen hofft man auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung verhält sich allerdings noch gegenüber diesen Vorschlägen ablehnend, doch besteht die Aussicht, daß sie schließlich ihren Widerstand aufgeben wird, wenn sie sieht, daß auf einem anderen Wege eine Verständigung nicht zu erreichen ist.

Das klingt milde und versöhnungsvoll. Doch wenn die Regierung nicht nachgibt oder die Nationalliberalen mit der Forderung der Erbschaftsteuer festbleiben? — Die Antwort gibt die Germanianotiz zwischen den Zeilen: dann wird eben das Zentrum nachgeben.

Ja, das läßt sich als das sichere Merkmal voraussetzen: trotz aller wilden Deflamationen und pathetischen Versicherungen wird das Zentrum schließlich die Wehrvorlage mit Haut und Haaren schlucken. Der Rückzug vor der Regierung hat schon in der Frage der Kavallerieregimenter begonnen. Bald werden wir die wilde Kluge zu den Regierungsfeldschneppern erleben.

Nach den letzten Nachrichten ist die Verständigung zwischen dem Zentrum der Nationalliberalen und den Fortschrittlichen so gut wie fertig. Die Konfessionen stehen einseitig noch größtenteils abseits. Aber sie werden, um mit der Germania zu sprechen, schon dafür zu sorgen wissen, daß der Oberhaupt der Reichstags die Stimmkraft ausgetrieben werden. Die Arbeiter, die bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme gaben, sind wieder einmal, wie so oft, die Retrogenen.

Politische Übersicht.

Die sozialdemokratischen Anträge zur Wehrvorlage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, zu dem Artikel 1 des neuen Militärgesetzes eine Reihe von Anträgen gestellt. Dieser Weg wurde gewählt, weil Resolutionen in den meisten Fällen keinerlei praktischen Erfolg zeitigen. Beiläufig ist dagegen, bestimmte Forderungen in das Gesetz hineinzubringen, dann sieht die Regierung vor der Frage, ob sie diesen Forderungen Rechnung tragen, oder ob sie das ganze Gesetz scheitern lassen will. Gleichzeitige bilden diese Anträge einen Prüfstein, an dem sich zeigen soll, ob es den bürgerlichen Parteien ernst ist mit dem Reformier auf militärischem Gebiet, den sie besonders zu Wählzeiten recht augenscheinlich betonen. An der Spitze dieser Anträge steht die Forderung:

„Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Jahnen verpflichtet.“

Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft.

Alle Einwände, die gegen die einjährige Dienstzeit erhoben werden, finden ihre Widerlegung in dem Prinzip der bestehenden Klassen, deren Söhne nur ein Jahr zu dienen haben. Warum soll der Mann aus dem Volke nicht in einem Jahr sich jenes Maß militärischer Fertigkeiten aneignen können, das den Einjährig-Freiwilligen sogar zum Vorgehenden qualifiziert erscheinen läßt. Wenn man auf den Paradedienst der für den Ernstfall nicht in Frage kommen kann verzichtet, dann ist es möglich, dem Soldaten in einem Jahr all das beizubringen, was er im Ernstfall braucht. Allerdings müßte das Ausbildungspersonal vermehrt werden, wie auch in jedem Jahr 3 bis 4 mal die Einziehung frischer Mannschaften zu erfolgen hätte. Für den Fall aber, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, beantragt die Fraktion:

„Die Bestimmungen der Reichsmilitärgeetze, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.“

Mit der Annahme dieses Antrages bliebe zwar die zwei- und dreijährige Dienstzeit beibehalten, aber das Privileg der bestehenden Klassen wäre beseitigt. Vielleicht, daß dann in diesen mitunter sehr einflussreichen Kreisen die Ueberzeugung wachsen würde, daß eine Verkürzung der Dienstzeit zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit geworden ist.

Nach Artikel 63 der Reichsverfassung hat der Kaiser die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppenteile vollständig und kriegstüchtig vorhanden sind. Gegen Sinn und Geist dieser Bestimmung verstößt es, daß jahraus jahrein 26 000 Soldaten ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden, indem sie Verwendung finden als Diener bei Offizieren, als Kellner in den Kasinos usw. Diesem verfassungswidrigen Zustand will folgender Antrag ein Ende machen:

„Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.“

Nach Ansicht der Heeresverwaltung kann von der zweijährigen Dienstzeit nicht ein einziger Tag entzogen werden. Die verfassungswidrige Verwendung von Soldaten zu Zwecken, die mit dem militärischen Dienst nicht im Einklang zu tun haben, zeigt aber, wie völlig unhaltbar diese Behauptung ist. Wäre sie aber richtig, dann würde die Heeresverwaltung eine ungeheure Verantwortung auf sich laden dadurch, daß sie im Ernstfall Jehntausende von Soldaten einstellen würde, deren Ausbildung höchst mangelhaft ist!

Mit der immer verdichteten Einsamkeit und Einseitigkeit innerhalb der Armee ist es nicht in Einklang zu bringen, daß noch besondere Eliteformationen bestehen, denen es in der Hauptsache obliegt, bei Paraden, Festeinsparaden und ähnlichen Anlässen als Prunkstücke zu dienen. Aus diesem Grunde beantragt unsere Fraktion, folgenden Artikel 1 c einzufügen:

„Bestimmungen, durch die das Gardakorps und die sonstigen Eliteformationen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig, bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben.“

Mit seinem Eintritt in die Kaiserliche Armee muß der Soldat zu einem Wesen werden, das nur nach unbedingtem Gehorsam kennt, insbesondere keinerlei eigene Meinung haben darf. Die barbarische Härte und Strenge der militärischen Disziplin unterdrückt das freie Bewußtsein in dem Menschen, der nicht freiwillig, sondern gezwungen die Uniform trägt. Die Beseitigung dieses unwürdigen Zustandes erstrebt der Antrag, folgenden Artikel 1 d in das Gesetz aufzunehmen:

„Den Angehörigen der Armee wird die Freiheit der politischen und religiösen Besehung und ihrer außerdienstlichen Betätigung gewährleistet. Die Besehung und der Betätigung der politischen oder religiösen Besehung unterliegt nicht der militärischen Disziplin.“

Zu den beliebtesten militärischen Terrorismusmitteln gehört der Militärbof, dessen Anwendung zwar das Wachstum der Sozialdemokratie nicht verhindern konnte, wohl aber zahlreiche Geschäftsleute, die sich gar nicht zur Sozialdemokratie bekennen, schwer geschädigt, teilweise dem Ruin engegengeschoben hat. Der militärische Bof erstreckt sich nicht bloß auf Gastlokale, sondern auch auf Geschäftslokale, Barbierstuben, Rechtsanwältel und Metzgereien, ja sogar auf die Privatwohnungen von Personen, die im politischen Leben stehen. Diesem Unfug soll folgender Artikel 1 c ein Ende machen:

Die militärische Sperre (das Militärverbot) darf gegen Gewerbetreibende oder Angehörige anderer Berufe wegen Zugehörigkeit zu einer Partei oder Religionsgemeinschaft oder wegen Herabgabe von Räumen zu Veranstaltungen einer Partei, eines Vereins oder einer Gewerkschaft nicht verhängt werden. Den Betroffenen steht gegen jede auf dem Verbot beruhende Durchführung des Militärverbots befehligte Behörde oder Person Klage auf Unterlassung und Schadenersatz bei den ordentlichen Gerichten zu.

Artikel 1 f verlangt:

Die Beförderung innerhalb der Armee darf nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig gemacht werden. Auf die gesellschaftliche Stellung oder die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder politischen Partei darf keine Rücksicht genommen werden.

Es ist bekannt, daß bei der Auswahl der Offiziere nicht die militärische Tüchtigkeit und nicht die moralischen Eigenschaften des Bewerbers bestimmend sind, sondern seine Zugehörigkeit zur christlichen Religion, seine Herkunft und seine gesellschaftliche Stellung. Daraus erklärt sich die Exklusivität des Offizierkorps, sein angeblich höher gespanntes Ehrgefühl und noch so manche höchst unangenehme Eigenschaften, deren rasche und gründliche Beseitigung eine zwingende Notwendigkeit ist.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, wo Soldaten unter dem Druck der Disziplin im einseitigen Interesse des Unternehmertums verwendet werden. Dagegen wendet sich der beantragte Artikel 1 g, der besagt:

Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht verwendet werden:

1. zu politischen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampf;
 2. als Ersatz für freilebende oder ausgesperrte Arbeiter.
- Gegen die politische Besehungsmittel wendet sich der Artikel 1 h:

Den Zivil- und Militärbehörden ist die Auskunftserteilung über die politische oder gewerkschaftliche Besehung oder Beseitigung der Dienstpflichtigen unterlag.

Endlich verlangt ein Artikel 1 i; eine Abänderung des Militärstrafgesetzbuches, das Vorfälle unter Umständen mit Zuchthaus ahndet, die im Zivilleben eventuell mit einer Geldstrafe gestraft zu werden pflegen. Es wird verlangt, bei einer ganzen Reihe von Straftaten den Begriff der milderen Umstände in die Strafandrohung einzufügen. Die Straftat des strengen Arrestes soll völlig beseitigt werden, ebenso die Bestimmung, daß ein Soldat zu bestrafen ist, der sich leichtfertig oder nicht auf dem vorgeschriebenen Dienstwege beschwert. Dem Paragraphen 91 des M. St. G. B. soll als neuer Absatz hinzugefügt werden:

Erfolgt die Beleidigung auf der Stelle in Erwiderung einer vom Vorgesetzten gegen die Untergebenen verübten Beleidigung oder Körperverletzung, so ist sie straflos.

Paragraph 98 erhält folgenden neuen Absatz:

Hat der Untergebene eine ihm vom Vorgesetzten zugesetzte Körperverletzung auf der Stelle durch eine Beleidigung oder Körperverletzung erwidert, so ist er straflos.

Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen droht dem Soldaten Zuchthaus oder längjähriges Gefängnis, wenn er dem Vorgesetzten -- und sei dies auch nur ein Befreiter -- mit gleicher Münze heimzahlt. Vielleicht, daß die feigen Soldatenführer etwas vorsichtiger würden, wenn sie wüßten, daß der Soldat auch das Recht hat sich zu wehren.

Diese Anträge sind eigentlich samt und sonders Selbstverständlichkeiten, dennoch werden sie Anlaß bieten zu heftigen Kämpfen. Den bürgerlichen Parteien ist aber einmal Gelegenheit geboten, zu zeigen, wie weit ihre so oft betonte Hilfsbereitschaft für die Soldaten geht und wie weit ihr Reformier nicht nur Irreführung des Volkes ist.

Deutschland.

Was rennet, rettet, flüchtet.

Nicht bloß die Agrarier flüchten vor den Anforderungen, die die neue Militärvorlage an ihre Taschen stellt, auch das mobile Kapital ist von panischem Schrecken ergriffen. Schon vor Wochen hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die zahlungsfähigen Patrioten darauf aufmerksam machen müssen, daß die Hinterlegung ihrer Gelder bei auswärtigen Banken kein Schutz vor dem Beherrschung sei. Jetzt, wo auch dieser Ausweg versperrt ist, beginnt man sogar zu revidieren und gebarnischte Resolutionen anzunehmen. So die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin:

„Die Staffellung bis auf 1 1/2 vom Hundert Vermögen ist ... schon nahezu unertaglich und wird es im vollsten Umfang dadurch, daß das Einkommen, soweit es sich nicht als Rente aus Vermögensobjekten darstellt, mit einem fingierten und willkürlichen Prozentsatz kapitalisiert und nach dem so gefundenen Kapitalbetrag nochmals mit der Vermögensabgabe belastet wird.“

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin warnen dringend vor diesem Weg, der hiermit beschriftet wird. Der Gedanke der Regierungsvorlage ging dahin, größere Einkommen, denen ein entprechendes Vermögen nicht gegenüberstand, zu der Last des Wehrbeitrags heranzuziehen. Dieser Gedanke war ein gesunder. Die Vorschläge der Budgetkommission aber belasten Handel und Gewerbe, die mit schwankenden Erträgen rechnen müssen. Die Beschlüsse der Budgetkommission werden in den weitesten Kreisen der Gewerbetreibenden ein Gefühl der Erbitterung hervorzurufen.“

Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erdmann-Chatman.

1) Autorisierte Übersetzung von Ludwig Viaz.

Er ging wieder in sein Stübchen und ich in mein Kämmerchen. Die riesige Stille, welche draußen herrschte, erliefen mir nach dem Tumult ganz verwunderlich und ich träumte bis zum lichten Morgen unaufhörlich vom Kaiser. Auch an den Dragoner mußte ich denken und hätte wissen mögen, ob er an dem Sturz gestorben sei. Am anderen Morgen aber erfuhr ich, er sei ins Spital gebracht worden, wo man an seinem Auskommen nicht zweifle.

Von diesem Tage bis zum Ende des Septembers sang man manch's Lob dem Kaiser und feuerte jedesmal einundzwanzig Kanonenschüsse für irgend einen neuen Sieg ab. Dies geschah immer morgens, und Herr Gulden rief dann folgende:

„He, Josef! schon wieder eine Schlacht gewonnen, fünfzigtausend Menschen ungetötet, hunderttausend Fahnen, hundert Stuk Geschütze ... das geht ja recht gut fürwahr! Es braucht nicht mehr als eine neue Aushebung, um den Abgang der Alten zu ersetzen.“

Er tieth die Tür von meinem Kämmerchen auf, und ich sah ihn ganz grau und lüch in Hemdärmeln und mit entblößtem Hals, wie er sich das Gesicht in dem kleinen irischen Becken wusch.

„Sind Sie der Meinung, Herr Gulden, daß man diesmal auch die Hundenden nehmen wird?“ fragte ich ihn in großer Aufregung.

„Nein, nein, sei nur ganz ruhig, mein Junge.“ sagte er, „du wärest in der Tat nicht zum Dienste tauglich. Wir wollen das schon machen. Arbeite du nur macker und mach' dir keine Sorgen um das Ährige.“

Er sah meine Ktrube, und dies ging ihm nahe. Ich habe nie einen gütigeren, wohlwollenderen Menschen getroffen. Hierauf zog er sich an, um die Uhren in der Stadt aufzurichten, nämlich beim Herrn Platzkommandanten, bei dem Herrn Waite und den übrigen Honoraroffizieren. Ich blieb zu Hause. Herr Gulden lebte erst nach dem Todeum wieder zurück, zog seinen langen, bariolirfarbenen Frack mit den Stahlnöpfen aus, legte die Bürde in die Schachtel, setzte seine schwarze Kutze wieder auf das Haupt und sagte:

„Die Armee ist in Wilna oder vielmehr in Smolensk; ich habe das beim Herrn Platzkommandanten erfahren. Gott gebe, daß wir diesmal noch die Oberhand behalten und Frieden bekommen, und zwar je eher desto lieber, denn der Krieg ist ein schreckliches Ding.“

Ich dachte ebenfalls bei mir selbst, wenn wir Frieden hätten, so brauchte man nicht mehr so viele Menschen und ich könnte meine Arbeiten beiraten. Da kann sich jeder denken, wie viele Wünsche für den Kaiser des Kaisers ich zum Himmel schickte.

II.

Am 15. September 1812 erfuhr man den großen Sieg unserer Waffen an der Moskawa. Jedermann jubelte und meinte, jetzt würden wir Frieden bekommen, jetzt sei der Krieg zu Ende.

Einige Kaiserhäuser logten zwar: Der Kaiser müsse erst noch Unken erobern; aber man trifft ja immer solche Schlingel, welche den Leuten die Freude verderben wollen.

Auf Tage später mußte man, daß unsere Truppen in Moskau waren, der größten und reichsten Stadt von Rußland; jeder malte sich schon die Beute aus, welche man dort machen würde, und hoffte, daß dadurch die Steuern herabgesetzt werden dürften.

Allein, bald verbreitete sich das Gerücht, die Russen hätten ihre Hauptstadt angezündet, und man müsse sich jechend nach Polen zurückziehen, wenn man nicht Hungers sterben wolle. Das bildete den einzigen Gegenstand des Gesprächs in den Herbergen, Wirtschaften, Bierbrauereien, im Kornhaufe, kurz überall; wo man einander begegnete, hieß es: „Nun, das geht ja ganz schief; der Rückzug ist bereits angetreten.“

Die Leute waren bleich und gedrückt, und jeden Tag standen ein paar hundert Bauern vom Morgen bis zum Abend vor der Post und fragten nach Briefen, die aber nicht ankamen. Ich ging die Kreuz und Quere unter diesen Menschen herum, ohne mich viel darum zu bekümmern, denn ich hatte zuviel solcher Geschichten erlebt, und überdem trug ich mich mit dem Gedanken, bei dem mir das Herz im Leibe hüpfte und der mich alles im schönsten Lichte leben ließ.

Der Kathrine Geburtstag fiel auf den 18. Dezember, und schon seit fünf Monaten hatte ich die Absicht, ihr ein recht schönes Geschenk zu diesem Tage zu geben. Unter den Uhren, die an Meister Guldens Auslage hingen, war auch eine ganz kleine, ein wunderniedliches Stück Arbeit mit silbernem Gehäus, das ganz mit kleinen Kreisen durchsüht war, daß sie blinzte wie ein Stern. Unter dem Glas lief das Zifferblatt um ein kupfernes Reifchen herum, und auf dem Zifferblatt waren zwei Verliebte gemalt, die sich gleichsam eine Liebeserklärung machten, denn der Bursche überreichte seinem Mädchen einen großen Rosenstrauch, nach welchem sie unter jüchtigem Niedererschlagen der Augen die Hand ausstreckte.

Schon als ich diese Uhr zum ersten Male sah, dachte ich gleich bei mir selber: Die soll Dir nicht auskommen, die soll die Kathrine haben. Müßt ich auch alle Tage bis Witternacht arbeiten, so muß doch Kathrine diese Uhr kriegen.“ Herr Gulden erlaubte mir nämlich, abends nach heben Uhr auf meine eigene Rechnung zu arbeiten. Wir hatten immer alte Uhren auszuputzen, herzurichten, zu regeln. Das machte viele Mühe, und wenn ich ein solches Geschäft besorgte, beehrte mich der Meister Gulden anständig. Aber die kleine Uhr kostete fünfundsiebzig Franken, und man kann sich daher denken, wie viele Abendstunden ich daranrücken mußte, um die Uhr kaufen zu können. Ich bin überzeugt, wenn Vater Gulden gewußt hätte, daß ich sie wollte, so hätte er mir damit ein Geschenk gemacht; aber ich hätte mir keinen Heller daran schertzen lassen, ich hätte das für eine Schande gehalten, denn ich sagte: „Du mußt sie selber verdienen haben, damit dir niemand etwas daretreden kann.“ Damit aber kein anderer auf den Einfall komme, sie zu kaufen, hatte ich das Lehren von der Auslage weggenommen und in einer Schachtel bepackt und Vater Melchor gelogt, ich wisse ihm einen Käufer für die Uhr.

Da wird nun jedermannlich begreifen, daß mich alle diese Kriegsgeheimnisse nicht sehr interessierten. Sie gingen mir, sozusagen, zum einen Ohr hinein und zum andern wieder hinaus. Ich vergegenwärtigte mir bei der Arbeit Kathrines Freude und hatte zum Monate lang nur dies vor Augen: ich malte mir ihre Miene aus, wenn sie mein Geschenk empfing und fragte mich: „Was wird sie wohl dazu sagen?“ Dann dachte ich sie mir, wie sie rief: „Aber, Josef, was hat dein Herrz gedacht? Das ist ja viel zu schön für mich!“ „Nein, nein, eine so schöne Uhr kann ich nicht annehmen!“ ... Und dann vergegenwärtigte ich mir, wie ich sie zur Annahme zwingen, wie ich ihr die Uhr in die Schürzentasche schieben und sagen würde: „Ach geh' doch, Kathrine, geh' doch! Müßt du mir denn die Freude verderben? Müßt du mich böse

machen?“ Denn ich sah wohl, daß sie sich über die Uhr freute und sie gern haben wollte, und daß sie so nur zum Schein tat, als ob sie dieselbe nicht annehmen könne. Dann stellte ich mir wieder vor, wie sie ganz rot wurde und die Hände zusammenschlug und ausrief: „Du lieber Himmel, Josef, nun sehe ich wohl, daß du mich recht lieb hast!“ Und ich sah dann im Geiste, wie sie mir mit Freudentränen um den Hals fiel und mich küßte. Und nun war ich seelenvergnügt, denn die Ruhme Gresthel billigte alles.

Kurzum: tausend und abertausend dergleichen Gedanken gingen mir durch den Kopf, und wenn ich abends zu Bette ging, dachte ich: „Es gibt doch in der ganzen Welt keinen glücklicheren Burschen, als dich, Josef! Du kannst jetzt deinem Mädchen ein wunderschönes Geschenk machen, das du ganz mit deiner Hände Arbeit verdient hast. Und gewiß richtet sie dir auch etwas auf deinen Geburts- oder Namenstag, denn sie denkt nur an dich; ihr seid alle beide sehr glücklich, und wenn ihr erst verheiratet seid, muß es euch gut gehen.“ Diese Gedanken machten mich ganz vergnügt und jählich; es war mir in meinem ganzen Leben nie so wohl zumute gewesen.

Während ich auf diese Weise arbeitete und nur an meine Freude dachte, trat der Winter weit früher ein als sonst, und das Wetter war schon zu Anfang November sehr streng. Der Winter fing nicht mit Schnee an, sondern mit einer trockenen Kälte und großem Frost. In wenigen Tagen war alles Laub abgefallen und der Boden steinhart gefroren, und alles mit dichtem Reif bedeckt: Dachziegel, Pflaster, Fensterbänke, Bretterwände. Man konnte gar nicht genug heizen, da die Kälte durch alle Ritzen eindrang. Blieb die Stubentüre nur eine Sekunde lang offen, so war alle Wärme fort; das Holz knisterte im Ofen und brannte wie Stroh unter Summen, und die Kamme hatten einen Zug wie niemals.

Jeden Morgen war mein ältestes Geschäft, die Fenster der Auslage mit heißem Wasser abzuwaschen, um das Eis zu entfernen; allein, kaum hatte ich sie wieder geschlossen, so bedeckten sie sich schon wieder mit einer Schichte Reif. Man hörte draußen die Leute pufend und schnaufend hin- und herlaufen, die Hände in den Taschen, die Nase unter der aufgestülpten Rocktrage versteckt. Niemand blieb auf der Straße stehen, und man schloß die Hausläuren immer wieder schnell.

Ich weiß gar nicht, wo die armen Sperlinge hingekommen, ob sie lebend oder tot waren, kein einziger zwischerte mehr auf den Dächern, und draußen lag überhaupt ein drückendes Schweigen in der Luft, das nur die Raveille und der Zapfenstreich unterbrach. Oft, wenn das Feuer recht im Ofen knisterte und brumnte, hielt Meister Gulden plötzlich in seiner Arbeit inne, schaute einen Augenblick durch die breiten Scheiben und sagte seufzend:

„Ach, unsere armen Soldaten, unsere armen Soldaten!“

Er sprach dies mit einer so traurigen Stimme, daß sich mir ordentlich das Herz zusammenschürzte und ich ihm entgegnete:

„Aber die müssen ja jetzt in Polen sein, in guten Kasernen, Herr Gulden, denn man kann doch unmöglich glauben, daß menschliche Geschöpfe eine dergleichen Kälte aushalten würden.“

„Ja,“ sagte er, „diese Kälte ist fürchterlich. Es ist hiezu Lande schon kalt, sehr kalt von wegen der Bergwinde; aber was will diese Kälte besagen gegen die Winterkälte in Rußland und Polen? Gebt Gott, daß die Armee schon zeitig genug umgekehrt ist! ... Großer Gott, wie viel haben diejenigen zu verantworten, welche jene Menschen ins Unglück geführt haben! Welche schwere Last liegt auf denjenigen, welche jene Soldaten befehligen!“

(Fortsetzung folgt.)

Und ähnlich die Handelskammer von Duisburg:

„Anlässlich der Verhandlungen in der Budgetkommission muß die Handelskammer gegen die Beschlüsse dieser Kommission scharfen Einspruch erheben. Die Beschlüsse werfen die von der Regierung zur Frage des Beibringsens gegebene Begründung über den Haufen und würden bei endgültiger Annahme die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Vaterlandes geradezu gefährden sowie das Gefühl der Rechtssicherheit dauernd verletzen. Der Militarismus ist los! Rette sich wer kann!“

Für den Massenstreik.

In Berlin-Wilmersdorf tagte eine stark besuchte Parteiverammlung, in der Genosse Frank Wamborn sich unter dem stürmischen Beifall der Versammlung für den politischen Massenstreik zur Erreichung des gleichen Wahlrechts in Preußen erklärte. Genosse Frank galt bisher in gegenläufigen Kreisen als einer der „vernünftigen“ Sozialdemokraten, mit dem man bei feiner gemäßigter Gesinnung wohl über diese und jene Frage diskutieren könne. Nach der Wilmersdorfer Rede Franks wird dies wohl in Zukunft anders werden. Führt er doch unter anderem aus:

Wenn aber alles Bitten amosist ist, dann muß es endlich heißen: Heraus aus den Fabriken, heraus aus den Werkstätten, heraus aus den Kontoren! (Stürmischer minutenlangender Beifall.) Denn auch diese Leute sind genau so Bürger dritter Klasse wie die Arbeiter. (Sehr wahr!) Dann ist der Tag des Massenstreiks gekommen, wenn alle anderen Mittel versagen. Ueber die Notwendigkeit des Massenstreiks brauchen wir nicht zu debattieren. Die Arbeiter nehmen wochen- und monatelang Not auf sich, um 2 Pfennig Lohnhöhung für die Stunde; soweit wird ihnen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch noch wert sein und soweit werden sie auch tun für die großen gewaltigen Ziele, die hinauswachsen über die Schmerzen des täglichen Lebens.

Gewiß wird der Kampf Opfer kosten und manch einer wird wirtschaftlich getroffen werden, der es nicht verdient. Vielleicht werden auch Unternehmer dabei zugrunde gehen, aber die Leute, die das Interesse haben, daß die Arbeiter ruhig und friedlich bleibt, die sollen sich an die Seite der Arbeiterschaft stellen und mit uns dafür sorgen, daß der größte Ruheförder im Reich, das Dreiklassenwahlrecht, endlich verschwindet. (Lebhafte Beifall.) Daß der Massenstreik möglich ist, hat die Geschichte in zahlreichen Fällen erwiesen, so in dem Charlistenaufstand in England, der, wenn auch erst in späteren Jahren, zu bedeutenden Wahlrechtserweiterungen geführt hat. Gewiß sind damals schwere Gefängnis- und Zuchthausstrafen verhängt worden, aber noch lange nicht so viel Gefängnis und Zuchthaus, als unter der jetzigen Regierung des preussischen Königs über die Kämpfer der Arbeiterschaft verhängt wurden. (Lebhaftes sehr wahr!) Die Massenstreiks in Belgien 1893, 1902 und 1912 sind weitere Beweise für die Möglichkeit des Massenstreiks, und wenn nicht ein sofortiger Sieg erzielt wurde, so hat die Arbeiterschaft doch ihren Kampf mit imponanter Ruhe abbrechen können. Ein Volk, das eine solche Disziplin nicht aufbringen könnte, würde den Anspruch verwerfen, nicht von anderen beherrscht zu werden. 1903 sahen wir den Massenstreik in Schweden, 1904 in Italien und 1905 den gewaltigen Kampf in Russland, wo nicht nur die Räder der Fabriken, sondern auch das große Räderwerk der staatlichen Bureaucratie, der Industrie und des Handels, stillstand. Wenn auch in Russland durch einen Staatsstreik die damaligen Errungenschaften verschlechtert wurden, so ist doch alles, was das neue Russland an Verfassungseinrichtungen besitzt, ein Erfolg des Massenstreiks von 1905. Und dieser Massenstreik hat den Kampf unserer österreichischen Kameraden so befeuert, daß sie das gleiche Wahlrecht durch die bloße Ankündigung des Massenstreiks errungen haben. Preußen und Deutschland hat die beste Arbeiterbewegung und die verbreitetste Arbeiterpresse in der ganzen Welt. Nun lernen wir vom Proletariat der ganzen Welt den Massenkampf! (Stürmischer Beifall.) Es wäre ja denkbar, daß zuerst einmal zur Warnung die Arbeiter drei Tage hintereinander auf die Straße gehen; wenn das noch nicht hilft, dann könnte ja der Generalkrieg als eine Art fliegendes Feuer ausbrechen. Vielleicht, daß z. B. im Westen eines Tages hunderttausend Bergleute nicht mehr in die Grube fahren, und wenn sie zur Arbeit zurückgekehrt sind, es im fernen Osten zu glimmen anfängt und dann im Norden, in der Mitte und überall, so daß die Herrschenden in Preußen ihrer Herrschaft nicht mehr froh werden dürfen. (Brausender langanhaltender Beifall.) Wir dürfen sie nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Gewiß drohen von diesem Kampf Opfer und Gefahren, aber wo sind jemals politische Kämpfe ohne Gefahr geführt worden? Es gibt keine Versicherung gegen solche Gefahren, und wir brauchen auch keine! (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns vornehmen, den einmal als notwendig erkannten Kampf bis zum Ende durchzuführen, wir müssen das Schiff besteigen, auch wenn man sagt, daß Klippen vorhanden sind. Wer Klippen fürchtet, und im Hafen bleibt, dem passiert nicht viel, aber er wird niemals von dem fernen Ufer gelangen, das das Ziel unserer Sehnsucht ist. Deshalb aufs Schiff und vorwärts, vorwärts zum Kampf! (Minutenlangender stürmischer Beifall.)

Auf eine Aeußerung eines Diskussionsredners erklärte Dr. Frank, daß ein Massenstreik durchaus nicht zu Zusammenstößen mit dem Militär führen müßte. Insekels hat jetzt in Belgien erklärt, der Massenstreik muß friedlich und furchtbar sein. Je größer die Selbstbeherrschung der Massen, desto furchtbarer ist der Massenstreik. (Zustimmung.) Der Kadavergehorsam beim Militär setzt sich bei den deutschen Arbeitern um in eiserne Disziplin und in die Entschlossenheit, im rechten Augenblick das Notwendige zu tun. (Beifall.) Seien wir entschlossen, jeder alles zu tun, um den Gedanken an die Pflicht zum Massenstreik hinauszutragen. Alle Einwände gegen den Massenstreik sind hinfällig; wer einen einfacheren und besseren Weg weiß, der weise ihn; weil das keiner kann, müssen wir diesen Weg gehen, möge er noch so steil sein. Ich wenigstens habe nicht den Mut, so feige zu sein und auf den Massenstreik zu verzichten! (Stürmischer Beifall.) — Mit einem Hoch auf das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen schloß die Versammlung.

Arbeitertrug — nicht Arbeiterfreundlichkeit!

Daß das Zentrum immer dann einem bestimmten Stande seine besondere Fürsorge zuwendet, wenn die Angehörigen dieses Standes anfangen, rebellisch zu werden und gegen die Zentrums- politik aufzumachen, ist bekannt. So auch jetzt wieder. Der B a n e r r i c h e Courrier wies am 6. Juni in einer Besprechung der Landtagswahl von Rallersdorf darauf hin, daß dort diesmal die Dienstboten, die infolge des neuen Einkommensteuergesetzes wahlberechtigt seien, blünderlich wählten und das nächste Mal wohl sozialdemokratisch wählen würden. Zum Schluß heißt es: „Augen auf, ehe es zu spät ist. Die Wahlkreise sind der Partei in rascher Auseinanderfolge in Niederbayern entziffen worden. Wo ist das Ende?“

In Nr. 159/160 vom 8./9. Juni kommt das Blatt auf die Stimmgabe der Dienstboten zurück. Es schreibt: „Während sonst bei den Nachwahlen in der Regel die abgegebenen Stimmen weit hinter den bei den Hauptwahlen abgegebenen zurückbleiben, wurden am 1. Juni in dem genannten Wahlkreis über siebenhundert Stimmen mehr als bei der Hauptwahl abgegeben. Woher kommt dieses? Die Antwort ist leicht zu finden: es haben auch die Dienstherrschaften gewährt. Die Dienstknichte zahlen jetzt Steuern und dürfen sich daher wie jeder andere männliche Staatsbürger an den Landtagswahlen beteiligen. In manchen Wahlkreisen haben es die Dienstboten in der Hand, durch ihren Stimmzettel den Ausschlag zu geben. Daraus folgt, daß wir uns in Zukunft nicht bloß um die Bauern und die Arbeiter auf dem Lande, sondern auch um die Dienstboten kümmern müssen. Man bedenke, daß nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 die Zahl der Dienstknichte 131 403 beträgt. Soll diese Armee von Wählern nicht radikalisiert, soll sie nicht von sozialdemokratischen Bündlern gegen jede bestehende kirchliche und staatliche Ordnung aufgeführt werden, so müssen wir uns um die Dienstboten ebenso gut wie um die Bauern und Arbeiter in einer Organisation auf christlicher oder katholischer Grundlage annehmen. Diese Organisation braucht nicht neu geschaffen zu werden. Die ist mit dem kathol.-ländlichen Dienstbotenverein mit dem Sitze in Regensburg bereits vorhanden. Trotz vieler Schwierigkeiten hat es dieser Verein in den vier Jahren seines Bestehens auf etwa 20 000 Mitglieder gebracht. Wer die Zeichen der Zeit versteht, hält diesen Verein für ebenso notwendig wie die christlichen Bauernvereine, die katholischen Arbeitervereine und überhaupt alle Standesorganisationen auf katholischer oder christlicher Grundlage.“

Also nicht um das Wohl der Dienstboten zu fördern, will das Blatt Dienstbotenorganisationen, sondern es will diese Organisationen, um das Gesinde im Zentrumsjimm zu fanatisieren, damit es ihm als Stimmvorschub erhalten bleibe. Das nennt das Zentrum Arbeiterfreundlichkeit!

Wie in Ostelbien Wahlen gemacht werden.

Der Agrarier Rogalla von Bieberstein ist im Reichstagswahlkreise S e n s b u r g O r t l e b e r a l n „gewählt“ worden. Gegen diese Wahl ist Protest erhoben worden, der die Wahlprüfungskommission zwei Sitzungen hindurch beschäftigte. Die Prüfung ergab das übliche Bild ostelbischer Wahlen: Zigarrenkästen und Suppenschüsseln dienen als Wahlurnen; Gutsbeamte führten ihre Arbeiter nach dem Wahllokal, steckten ihnen die konserverativen Stimmzettel in die Wahlurnen und beobachteten die Stimmabgabe. Zeitweise wurden an solche Wähler sofort Trinkgelber verteilt. Weiter wird behauptet, daß der Wahlvorstand eines Ortes die Wahlurnen geöffnet habe, um festzustellen, wie die einzelnen Wähler abgestimmt haben. In der Stadt Sensburg führen zwei Pölschler in einem Auto, das ein weithin sichtbares Plakat trug mit der Aufschrift: Wählt v. Bieberstein! In einem andern Orte begleitete der Gendarm jeden einzelnen Wähler an die Wahlurne. Vielfach sind den Wählern die liberalen Stimmzettel abgenommen und durch konervative ersetzt worden. Bier, Schnaps und Grog ist den Wählern in zahlreichen Fällen von den konserverativen Vertrauensleuten verabreicht worden. In einem Falle wird behauptet, daß dem Gemeindevorsteher eines Ortes 50 Mark zur Bewirtung der Wähler aus der konserverativen Wahlklasse überschickt worden sind. In zahlreichen Fällen sind von den konserverativen Gutsbesitzern die Arbeiter mit Brotlosmachung bedroht worden. Der Landrat des Kreises Ortelsburg hat den konserverativen Kandidaten stets auf seinen Agitationsreisen begleitet und für ihn agitiert.

Trotz dieser infamen Wahlpraktiken hatte die konserverative Staatsstöße Glück: Gegen die sozialdemokratischen, fortschrittlichen und politischen Stimmen wurde die letzte Protestbehauptung von der Kommission für nicht genügend substantiiert erklärt. Da aber die für erheblich erachteten Protestpunkte die Mehrheit nicht erschüttern konnten, wurde die Wahl mit 8 gegen 6 Stimmen für g u l t i g erklärt. Auf diese Weise kann die Reichstagswahl von den konserverativen Terroristen zur lächerlichen Farce herabgewürdigt werden, ohne daß sich für sie damit das geringste Risiko verbindet.

Eine Albernheit.

Von mehreren Seiten ist der sozialdemokratischen Fraktion der Vorwurf gemacht worden, der Kampf, der sie gegen die Militärvorklage führe, sei nicht energisch genug. Speziell die Stuttgarter Genossen nahmen in einer Versammlung der Parteifunktionäre dazu Stellung, wie denn überhaupt die Sch w ä b i s c h e T a g s w a c h t wiederholt eine prinzipielle klarere Stellungnahme unserer Fraktion zu der militäristischen Frage forderte. Eine Reihe bekannter Sozialdemokraten — Rosa Luxemburg und B a n n e o l e darunter, — um einige zu nennen — hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Ebenso eine Anzahl Parteizeitungen, wie die Düsseldorf'sche Volkszeitung, die Schlesi'sche Bergwacht, die Niederrheinische Arbeiterzeitung und andere. Trotzdem schreibt das in Württemberg erscheinende Neckarschau:

Mit ihrer auf der Kreisgeneralversammlung angenommenen Resolution zur Wehrvorlage haben die Stuttgarter Genossen bekanntlich gar keinen Anklang gefunden. Mit einer einzigen Ausnahme hat die gesamte Parteipresse die Resolution zurückgewiesen.

Diese Ausführungen sind gelinde gesagt eine A l b e r n h e i t. Die Danziger Volkszeitung z. B. kann sich in Parteipolemiken nicht einlassen. Nicht nur, daß der Raumangel, unter dem wir ständig zu leiden haben, dies verbietet, zwingt auch die politische Rückständigkeit des deutschen Ostens unser Blatt dazu, sich auf die Ausfaat des sozialistischen Samens zu beschränken. Ruhlen wir notgedrungen zu der von den Stuttgarter Genossen angeschnittenen Frage schweigen, so möchten wir uns doch ganz energisch dagegen verwahren, für die Ansicht des R e d a c t e o s reklamiert zu werden. Und wie uns dürfte es noch mancher andern Parteizeitung ergehen.

Besteuerung des Gewerkschaftskartells.

In Sachsen, wo die Besteuerung der Streiks- und Arbeitslosenunterstützung aus gewerkschaftlichen Mitteln seit Jahren als gesetzlich zulässig geübt wird, hat der Steuerrichter eine neue Steuerquelle entdeckt — die Kasse der Gewerkschaftskartelle. Die Steuerbehörde in Plauen i. B. soll den neuen Weg der Besteuerung der Gewerkschaftsgelder ausprobieren; sie hat zu

diesem Zweck das Gewerkschaftskartell für ein selbständiges „Unternehmen“ erklärt und mit einem Einkommen von jährlich 1900—2200 Mark veranlagt. Wie man dieses Einkommen errechnet hat, ist vollkommen schleierhaft. Das Kartell soll 88 Mark Staatsinkommensteuer und 45,60 Mark Kommunalinkommensteuer bezahlen. Natürlich weigert sich das Gewerkschaftskartell Plauen, die Steuern zu zahlen.

Ob die erhobene Reklamation des Kartells von der Einkommenskommission berücksichtigt wird, scheint freilich zweifelhaft; es hat den Anschein, als ob Plauen den Vorstoß nur macht, um vom Oberverwaltungsgericht die Steuerpflicht der Gewerkschaftskartelle feststellen zu lassen.

Keine Thronrede! Bethmann gratuliert nur!

Der sogenannte preussische Landtag ist durch eine Rede Bethmanns eröffnet worden, die keine Thronrede, sondern eine Verherrlichung Wilhelms des Zweiten zu seinem Regierungsjubiläum war. Sie enthielt nichts, als daß zur weiteren „gegenseitigen Pflichterfüllung“ gemahnt wird. Unter anderem heißt es: „Unter dem Schutze des von Sr. Majestät mit starker Hand gewählten Friedens sind während dieser 25 Jahre im Reich und in Preußen die wirtschaftlichen und die geistigen Güter der Nation durch die weltbildende Vorgabe des Kaisers und Königs und die rastlose Arbeit des gesamten Volkes gemehrt und gefördert worden. Mit dem Danke hierfür, daß Sr. Majestät Lebensweg bisher so reich gesegnet wurde, verbindet sich die Bitte, daß Gottes Gnade ihm noch lange vergönnen möge, einem treuen und vertrauenden Volke voranzuführen auf den Bahnen aufsteigender staatlicher Entwicklung.“

Keine Wahlreform! Kein Fortschritt! Nichts als hohem-gollernerherrlichung!

Ausland.

Niederlande.
Provinzialwahlen in Holland. Mitten in der Wahlkampagne für das Parlament fallen die Wahlen für die Provinzialvertretungen. Am 10. Juni fand die erste dieser Wahlen in der Provinz Drenthe statt. Sie brachte unserer Partei einen großen Stimmenzuwachs, der zu den schönsten Hoffnungen für die Parlamentswahlen berechtigt. So liegen unsere Stimmen im Wahlkreis Almelo seit drei Jahren von 3072 auf 4722, im Wahlkreis Zwolle von 626 auf 1343, im Wahlkreis Zwolle von 421 auf 1192. In den Kreisen Deventer und Oldenzaal wo wir 1910 noch zu schwach waren um Kandidaten aufzustellen, erhielt die Partei jetzt 753 und 539 Stimmen. Am 12. Juni fanden die Provinzialwahlen in Friesland statt, am 13. Juni in den Provinzen Nord- und Süd-Holland, Gelderland, Groningen, Utrecht usw.

Norwegen.
Das Frauenwahlrecht liegt! Das norwegische Storting beschloß einstimmig, daß den Frauen dasselbe Wahlrecht gewährt wird, welches die Männer haben. Die Zahl der Wahlberechtigten erhöht sich dadurch um rund 225 000.

Marokko.
Eine Katastrophe der spanischen Herrschaft. In dem von den Spaniern gemauerten Teile Marokkos ist ein Aufstand ausgebrochen, der für die edlen Hsbalgos gefährlicher ist, als die ersten Depeschen es ahnen ließen. Nicht nur, daß die Rif-Kabulen ein gestrandetes spanisches Torpedoboot überfallen und ausgeplündert, auch im Inneren des Landes fanden heftige Kämpfe statt. Die spanische Herrschaft in Marokko ist nach den in Madrid eingetroffenen Nachrichten auf das schwerste bedroht. Tetuan ist in voller Empörung. Unkontrollierbare Gerüchte durchschwirren die Stadt. Auf der Puerte del Sol sammelten sich vor den Ministerien ungeheure Menschenmassen, die aufgrund der Bekanntgabe näherer Nachrichten harren. Die spanische Besatzung soll gezwungen gewesen sein, Tetuan zu räumen. Es heißt, daß ein furchtbares Massaker von den Aufständischen unter der europäischen Bevölkerung verübt worden sei. Fast alle Europäer sollen von den wütenden Berberhorden ermordet worden sein.

Anscheinend steht auch das französische Marokko in Brand. Aus Paris wird gemeldet: Oberst Mangin, der am 6. Juni in der Richtung Assima, wo sich die Truppen Moha Salbs befanden, aufgebrochen war, mußte mehrere Anhöhen im Sturme nehmen. Die Verluste auf französischer Seite sollen 45 Tote, darunter einen Offizier und 109 Verwundete betragen. Die französische Artillerie richtete verheerende Verluste in den Reihen des Feindes an. Oberst Mangin ist am 11. Juni nach der Kasbah von Tabla zurückgekehrt. — In der Nähe von Tabla hat ein erster Kampf zwischen französischen Truppen und Marokkanern stattgefunden. Auf französischer Seite sollen ein Offizier und 51 Mann gefallen, 109 Mann verwundet worden sein.

Indien.
Ein erster Eisenbahnerstreik ist auf der Madras und Southern Mahratta Eisenbahn ausgebrochen, er brachte für mehrere Tage fast jeden Verkehr zum Stillstande. Die europäischen Lokomotivführer beteiligen sich anscheinend nicht an der Bewegung, die von den einheimischen Bahnangestellten und Arbeitern ausgeht. Nach den letzten Nachrichten soll es der Gesellschaft gelungen sein, Streikbrecher in genügender Zahl zu erhalten, natürlich mit Hilfe der Regierung. Auch in anderen indischen Städten entstanden einzelne Eisenbahnerstreiks.

Kleine politische Nachrichten.

Patriotisch bis aufs Hemde! Der überall nach Profit spärende Scharsinn des Kapitals läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ein Geschäft zu machen. Jetzt werden aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers in Berlin „Jubiläumshemden“ feilgeboten, speziell an diesem hohen Festtage zu tragen. Das Plakat stellt dieses Hemd folgendermaßen dar: „In der einen Ecke das schwarz-weiß-rote Band, in der Mitte das Bild des Kaisers und darunter in Goldlettern „Jubiläumshemd.“ Unseres Erachtens wäre es eine harmonische Ergänzung, wenn auf der Rückseite des Hemdes noch der Abdruck eines Kärntnerkäseföfels zu sehen wäre.

Kirche und Volksvertreter. Aus Posen wird gemeldet: Das Verbot an den Geistlichen Witkowski, sein Landtagsmandat auszuüben, gibt einem Teil der polnischen Presse Veranlassung, anzukündigen, daß Witkowski dem Bischof den Gehorjam verweigern und das Abgeordnetenmandat dennoch ausüben werde. Dann wird der Mann ekommuniziert und ihm beim Tode ein Platz in der Hölle angewiesen. Der allmächtige Bischof kann das alles.

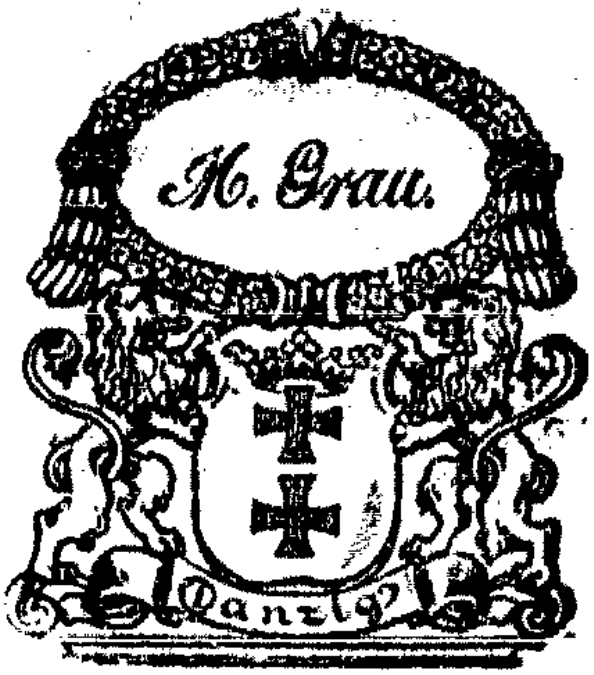
Die Stchwahl im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont ist auf den 19. Juni angelegt worden.

Organisierte Arbeiter

braucht nur die von organisierten Arbeitern hergestellte

TAG-Zigarette

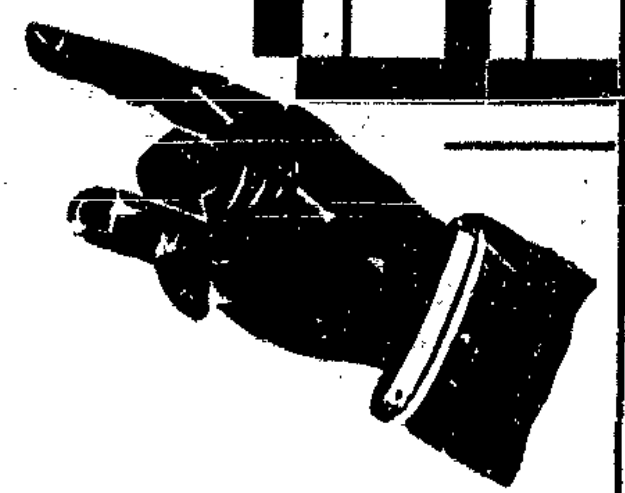
der Tabakarbeiter-Gesellschaft Stuttgart. Vorzüglich im Geschmack, feinste Qualitäten. Nur zu haben bei Eugen Seilmann, Schiffsbauweg 56.



Das vornehme Kredit-Haus

in Danzig
Nicolaus Pindo Nachf.

M. Grau



Ausstellung
von
100 Musterzimmern

4 Holzmarkt 4
Part., I., II., III., IV. Etage
Fahrstuhl nach allen Etagen.

Möbel
in jeder Stilart und Preislage.
Kompl. Wohnungseinrichtungen
von 200 bis 15 000 Mark.
Anzahlung von 10 Mark an.
Einzelne Schränke, Vertikos, Spiegel, Tische, Bettstellen, Stühle, Sofas, Garnituren usw.
Anzahlung von 2 Mark an.

Damen-Konfektion
Entzückende Formen
und wundervolle Stoffe:
Kostüme, Mäntel,
Ulster, Jacketts,
Röcke, Blusen
von 3 Mark Anzahlung an.

Herren-Garderobe
in moderner und
eleganter Ausführung:
Paletots, Ulster,
Jackett-Anzüge
mit gestreifter Hose,
Gehrock-Anzüge,
Knaben-Anzüge
von 3 Mk. Anzahlung an.

Teppiche
Läufer, Felle, Stepp-
decken, Tischdecken,
Chaiselonguedecken,
Tülldecken,
Gardinen,
Künstler-Gardinen,
Stores, Kleiderstoffe,
Bettbezüge usw. usw.

Beamten und Kunden ohne Anzahlung.

Beachten Sie meine
Schaufenster!

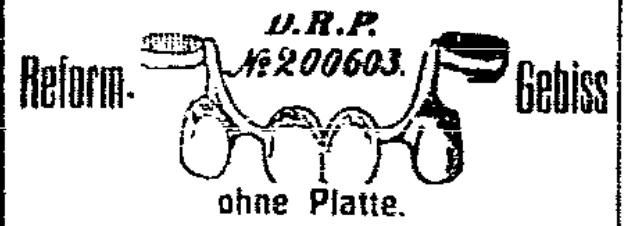
Diskrete Lieferung frei Haus.

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.

Auswärtige werden möglichst
in einem Tage behandelt.

Zähne 100 und 180 M.
ohne Extraberechnung
der Kaufschulplatte.
Norddeutsche
Zahn-Praxis "Reform"
Danzig Pfefferstadt 71
Telefon: Nr. 2621

Für M. I. - u. M. I. 80 liefern Zähne,
welche verschiedentlich mit Mk. 3,- und mehr
bezahlt werden müssen, und gebe ich trotz der
billigen Preise 10 Jahre reelle schrift-
liche Garantie für Haltbarkeit.
Allein-Anfertigung für Danzig.
Patent-



U.R.P. Nr. 200603. Gebiss
ohne Platte.
Bei Bestellung von künstlichen Zähnen
das Zahnziehen kostenlos.
Zahnziehen in den meisten Fällen fast
schmerzlos
à 1 Mark.
Nach Aussagen und Anerkennungs-dreieben
meiner Patienten vollständig **schmerzlos.**
Plomben an 2 M., Reparaturen an 1 M.
(Am Kassub. Markt, 2 Minuten v. Bahnhof.)

Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme
in reicher Auswahl zu bekannt billigen Preisen
Kuthaus London
nur II. Damm 10.

1 Kindertwagen
bill. z. verk. Hirschg. 3 part. rechts.
bei Boerhen.

Eine gut erhaltene Rolle bill.
zu verkaufen Böttchergasse 5.

Friseur Carl Barisch
Paradiesgasse 4.
Sehr gut erhaltener, zusammen-
klappbarer Sportwagen mit
Verdeck billig zu verkaufen
Ohra, Neuer Weg 6.

Friseur S. Babst
Tischlergasse 26.

Millionen Hinfal vermeiden
Käuflich mit **Diogen** gesüßt

Hausfrauen
die Zeiten sind schlecht und teuer, da heißt es
rechnen und sparen. Die große Masse
des arbeitenden Volkes
kann sich bei der herrschenden Teuerung kein Fleisch
kaufen
In jedem Arbeiterhaushalt bildet das
Brot
das Hauptnahrungsmittel.
Mütter und Hausfrauen kauft Brot nur
aus der
durch ihre anerkannt vorzüglichen Brotsorten
sehr beliebten
Danziger Brotsabrik
G. m. b. H.
Telephon 380. Kolkowgasse 15. Telephon 380.
Filialen:
Kolkowgasse Nr. 15 | Melzergasse Nr. 14
Tischlergasse Nr. 35 | Drehergasse Nr. 24
Baumgartweggasse 30 | Mattenbuden Nr. 20
Schidlitz, Karthäuserstr. Nr. 103.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.
2. Bezirk.

Donnerstag, den 19. Juni 1913, abends 8 Uhr im
großen Saale der Maurerherberge

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag: Das Ergebnis der Landtagswahl.
Referent Genosse H. Bartel.
2. Verschiedenes.
Die Bezirksleitung. J. A.: O. Spill.

9. Bezirk.
Donnerstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr im Kartell-
zimmer, Dominikswal 8

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Regierungsjubiläum und Volksempfanden.
Referent Genosse Sellin.
2. Vorstandswahlen. 3. Verschiedenes.
Die Bezirksleitung. J. A.: Krause.

Karl Kantisky: Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Weichsel-Königin Seife
ist garantiert rein, schont
daher die Wäsche und
bleicht dieselbe infolge
des Gehaltes an bestem
Terpentinöl.
Überall erhältlich.
J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Die Waffen nieder! Von Berta v. Suttner.
Preis broschiert 8 Pf.
gebund. 1,20 M. empfiehlt
Buchhandl. Volkswacht.

Allgemeiner Arbeiter-Verein Eibing.
Am 22. Juni, nachmittags 2 Uhr, feiert der Verein
im Volkshaus sein diesjähriges
Sommerfest
verbunden mit Konzert und nachfolgendem Tanz. Für
Belustigung aller Art wird Sorge getragen. Kinder erhalten
beim Eintritt in Begleitung der Eltern Geschenke.
Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Vom Parlament der Buchdrucker.

Endlich ist der alte Wunsch der in der rauhen Ostmark für die Ideale der Arbeit kämpfenden zum ersten Male Wirklichkeit geworden: die erste freie Gewerkschaft verlegte ihre Generalversammlung in die Mauern Danzigs. Hier, wo alle herrschenden Gewalten jedem Streben der für den kulturellen Fortschritt ihrer Klasse ringenden Arbeiter besonders hartnäckigen Widerstand leisteten und noch leisten, tagt jetzt doch ein Kongreß der organisierten Arbeiter. Daß die Buchdruckerorganisation diesen Schritt tat oder vielleicht - nach nicht-offiziellen Vorstellungen - zuerst wagte, dafür danken ihr besonders die befreundeten Gewerkschaftler Danzigs.

Aber auch die Delegierten und Gäste des Verbandes werden den Entschluß, nach Danzig gegangen zu sein, nicht zu bereuen haben. An Naturschönheiten bietet unser nordisches Venedig so viel, daß auch verwöhnte Kenner hoch befriedigt werden dürfen. Wenn es sozial bei weitem nicht ähnliche Vorzüge aufweist, so ist das ja nur ein Beweis für die überall unter dem Kapitalismus geltende alte Wahrheit, daß die herrschende Klasse der Arbeiterschaft nichts schenkt, sondern daß ihr alle Fortschritte in ihren unerwünschten Kämpfen abgerungen werden müssen. Die örtliche Kongreßleitung gibt sich redliche Mühe, um den Verbandsvertretern auch angenehme Stunden geselliger Gastfreundschaft zu bereiten. Der am Sonntag Abend im Schützenhause arrangierte Begrüßungsabend bewies die glückliche Hand, die sie dabei hat. Der große Saal und die für die Damen reservierten Logen waren so stark von Besuchern überfüllt, daß der Wunsch nach etwas geringerer Enge bei manchem Teilnehmer begreiflich schien. Sicher ist aber die geringe Unbequemlichkeit von allen gern getragen, die der imposanten Versammlung beizuwohnen durften. Mehrere Konzertstücke der Kapelle des Fußartillerie-Regiments Nr. 17 leiteten das reichhaltige Programm ein. Dann brachte der gutgeschulte Danziger Buchdruckerchor eine von dem Danziger Buchdrucker George Hammer eigens für diese Tagung gedichtete Festhymne zur Ehrung des Altmeyers Gutenberg, die der Dirigent des Vereins, Herr Krefft, in Musik gesetzt hat, wirksam zum Vortrag. Überhaupt kann man, ohne den übrigen Vortragenden Unrecht zu tun, sagen, daß dem Danziger Verein die Palme des Abends gebührt. Dabei müssen wir aber betonen, daß auch der Elbinger Gesangsverein Gutenberg Tollenstedts brachte. Auch die Leistungen des humoristischen Quartetts und einiger Solisten verdienen hohe Anerkennung.

Im Rahmen dieser Genüsse kam auch der Zweck der Veranstaltung zur Anerkennung. Nach der Festhymne begrüßte der Bauvorsteher von Westpreußen, F. Nagroßki, die Verbandsleitung, die Delegierten und die ausländischen und sonstigen Kongreßgäste. Er teilte mit, daß auch der Magistrat sein Interesse für den Verbandstag dadurch bekundet habe, daß er den Stadtrat Loop mit seiner Vertretung beauftragte. Der Redner erinnerte daran, daß manche Vertreter auf dem letzten Kongreß sich nur schweren Herzens für Danzig entschieden hätten. Die Teilnehmer dieser Tagung würden sich aber davon überzeugen, daß der Osten kein Barbarienland und Danzig besser als sein Ruf sei. Er schloß mit dem Wunsch, daß die wichtigen Verhandlungen, die auf der Tagesordnung der Generalversammlung stehen, in für die Organisation fruchtbarer Weise erledigt werden möchten.

Nach einem weiteren Besangsvortrag: Hoch empor, geschah das schier Unerwartete, daß ein Vertreter des Danziger Magistrats eine freie, in bürgerlichen Jargon also sozialdemokratische, Gewerkschaft offiziell begrüßte! Daß es gerade der Stadtrat Loop sein mußte, dem diese Aufgabe zugefallen war, kam auch sehr deutlich in der Rede zum Ausdruck. Wir verstehen, daß es gerade diesem Redner an dieser Stelle etwas ungewöhnlich zu muten sein mußte. Doch unlängst hielt er im Rathaus zum zweiten Male die verhärtet unsoziale Rede, in der er die von den Gewerkschaften beantragte kommunale Arbeitslosenversicherung deshalb im Interesse der Arbeiter ablehnte, weil durch diese Verbesserung der Lage der Arbeiter der Zugang größer und dadurch die Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden würden! Ein anderer Festredner wäre unter diesen Umständen doch wohl geeigneter gewesen. Aber der Danziger Magistrat hat ja souverän darüber zu bestimmen, wer seine soziale Auffassung am besten wiedergibt. So wurde dann eben Loop die historische Aufgabe, die erste freie Arbeiterorganisation zu begrüßen. Er dankte zunächst für die ihm gewordene Begrüßung durch den Bauvorsteher und fuhr dann fort: Er heiße alle Anwesenden, besonders die von auswärts gekommenen herzlich willkommen. Der Magistrat sei sehr erfreut darüber, daß der Verband nach Danzig gekommen sei. Einmal sei doch die Buchdruckerkunst die Grundlage der Kultur, dann sei der Buchdruckerverband aber auch die größte Organisation. Er zeichne sich besonders dadurch aus, daß er keine Kampfororganisation sei, sondern Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wolle. Er würde dadurch schließlich auch Vorbildlich für die anderen Organisationen werden. Der Magistrat lege selbstverständlich den größten Wert auf die friedliche Entwicklung. Man müsse klären, wenn man aus dem letzten Jahresbericht die großen Unterstützungsummen ersehe, die der Verband geleistet habe. Er wünsche, daß sich die Delegierten an den Schönheiten Danzigs erfreuen möchten und schließe mit dem Berufsgruß: Gott grüß' die Kunst.

So sehr man auch dem Stadtrat die Ungewöhnlichkeit seiner Aufgabe zu Gute halten möchte, so hatte man doch das Gefühl, daß diese Rede zu einem wesentlichen Teil weniger ungeschickt als deplaciert war. Der Vertreter des Magistrats, der Mitglied der rabiaten Kampforganisation des Verbandes ostdeutscher Industrieller ist, hätte sich die „Mahnung“ von der Kampforganisation besser sparen können. Sie war ganz und gar nicht am Platze, gegenüber der Organisation, die in ihrem gewaltigen Neunhundert-Streik gezeigt hat, wie sie kämpfen kann. Schließlich sollte doch eine magistratische Festrede mehr als das bloße Echo der Danziger Zeitung sein. Wenn diese so geschmackvoll ist, zur „Begrüßung“ dem Verbands keine nicht sozialdemokratische Jugendreihen zu beschleunigen, so ist das eben liberale Vornehmheit. Der Stadtrat hätte ähnliche Zensuren aber unter allen Umständen ausschließen sollen. Erfreulicherweise wurde ihm die Bezeichnung darüber, daß Arbeiterorganisationen ihr Wollen und Handeln durchaus selbständig, jedoch in enger Solidarität mit ihren Bruderorganisationen, bestimmen, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zuteil.

Nach dem nächsten Besangsvortrag nahm der Hauptvortragende des Verbandes und Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Döblich, bei seinem Eröffnen mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. Er dankte für die

Begrüßungen durch Nagroßki und den Magistratsvertreter. Wir Arbeiter sind ja in Preußen nicht gewöhnt, sonst offiziell begrüßt zu werden. Die Behörden begrüßen wohl die Unternehmer, aber nicht uns. Wenn Nagroßki etwas von einem gewissen Barbarismus sprach, so sei die Rede des Stadtrats der beste Beweis dafür, daß der hier nicht erstirbt und hier die Sonne doch etwas aufgeht! Es bestehe natürlich kein Grund zu der Annahme, daß diese Freundlichkeit nur eine Ausnahme war. Wo wir zusammenkommen, da herrsche die Solidarität, die Erkenntnis, daß wir eine Familie seien. Nur in der Einigkeit liege die Möglichkeit, auch die Schäden der technischen Entwicklung abzuwehren. Das Interesse des Einzelnen müsse zu diesem Zweck aber dem Wohl der Gesamtheit untergeordnet werden. Die Arbeiterschaft bekomme die nächsten Wirkungen der Maschine durch die steigende Arbeitslosigkeit zu tragen. Der Verbandstag habe zu beraten, wie dieser zu begegnen sei. Es sei hier als humanitär gelobt, was der Verband an Unterstützungen leiste. Diese Klassen seien aber nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Hauptaufgabe der Organisation sei, Einfluß auf die technische Entwicklung zu erlangen, damit die arbeitslosen Hände nicht auf die arbeitenden drücken. Dem anderen Kontrahenten - dem Unternehmer - müsse gezeigt werden, daß in dieser Hinsicht keine Meinungsverschiedenheit unter den Helfen bestehe. Die Organisation habe sich abzufinden mit Angriffen, die von anderer Seite drohten. Als die Arbeiterschaft sich zuerst gewerkschaftlich organisierte, behauptete man, das sei das Produkt von Hegelei. Mit der Behauptung „sozialdemokratisch“ glaubte man alles erledigt zu haben. Die Unternehmer hätten die verschiedenartigsten gesellschaftlichen Vertretungskörperschaften. Wo seien solche aber für die Arbeiter? Dafür sei man bemüht, gesellschaftliche Erschwerungen dem Koalitionsrecht entgegenzustellen. Einst galt, was die Buchdrucker geschaffen als Vorbildlich und gar als hoffähig. Heute gäbe es jedoch schon die Behauptung der Scharfmacher, daß es nicht richtig, sondern schädlich sei. Selbst Unternehmer des eigenen Berufes seien zaghaft geworden. Scharfmacher behaupteten, daß das, was die Buchdrucker erreicht hätten, nicht allgemein durchgeführt werden dürfe. Der Arbeiter müsse aber das Recht haben, auch seine Ware, Arbeitskraft, teurer zu verkaufen, wenn alles teurer werde. Der Verbandstag werde, so glaube er, seine Arbeit so tun, wie es uns als Arbeiter in all-gemeinen und als Buchdrucker im besonderen am Herzen liege! Mit der Betonung der Einigkeit der Gehilfen schloß Döblich mit einem Hoch auf den Verband, das kraftvoll den weiten Saal durchhallte.

So magvoll in der Form diese Ausführungen des Mannes, der in diesen Tagen volle 25 Jahre seine verantwortliche Stellung bekleidet, der gegebenen Situation Rechnung trug, so sachlich deutlich wiesen sie die stadträtlichen - Selbstanklagen zurück. Es gab im Saale nur eine Stimme darüber, daß Döblich in geschickter, treffender Weise ohne überflüssige Diplomatie das zum Ausdruck gebracht hatte, was in dieser Situation zur Wahrung der Ehre der gesamten, gegen die kapitalistische Ausbeutung kämpfenden Arbeiterschaft gesagt werden mußte. Natürlich ragen wir nicht die Hoffnung, daß nun auch Stadtrat Loop, der amtliche Bekämpfer der „sozialdemokratischen“ Volksfürsorge, um eine Belehrung reicher nach Hause gegangen ist. Im übrigen verlief der Begrüßungsabend als eine sehr gelungene Veranstaltung, die, ein erhebender Auftakt der Verhandlungen des Verbandstages, allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben dürfte.

Deutscher Reichstag.

Vom Kampf um die Militärvorlage.

Ein gequälter Reichstag war es, den am 11. Juni der Kanzler im Reichstage ausrichtete! In einer kurzen, aber im Ton ungewöhnlich eindringlichen Ansprache forderte er die bürgerlichen Parteien auf, nicht bloß die gestrichenen drei Reiterregimenter wiederherzustellen, sondern vor allen Dingen sich schleunigt über die Deckungsfrage zu einigen. Der einmalige Wehbeitrag sei von der Kommission in erster Lesung angenommen, über die Deckung der laufenden Kosten bestimme noch Streit. Die Wehvorlage müsse unter allen Umständen am 1. Oktober durchgeführt werden, sie könne aber wiederum nicht durchgeführt werden, ohne die Bewilligung der einmaligen und dauernden Kosten. Eile tue daher not. „Lassen Sie uns handeln“, rief der Reichstanzler patetisch in den Saal, worauf das neckische sozialdemokratische Echo ihm die Antwort zurief: Inhandeln!

In der Tat! So ist's! Damit die Wehvorlage am 1. Oktober durchgeführt werden kann, muß sie, wie der Kriegsminister in der Kommission mehr als einmal betonte, spätestens vor dem 1. Juli Gesetz sein. Das heißt, bis zu diesem Termin muß also auch die Deckungsfrage erledigt sein. Die sehr erheblichen Differenzen, die nun über die Deckungsfrage zwischen den bürgerlichen Parteien bestehen, sollen also in den nächsten vierzehn Tagen erledigt werden.

Aus dem Reichstage wird über die Sitzung geschrieben: Wer mit offenen Augen in den letzten Tagen durch die langen Korridore des Reichstages gegangen ist, konnte gar oft die geschäftig und mit wichtiger Miene nach den Bundestratszimmern eilenden bürgerlichen Parteiführer beobachten. Sie „handeln“, daß die braven und würdig aussehenden Kasanmänner, die das Straßenbild so mancher Stadt „materlich“ gestalten, nach manches von diesen zum „handeln“ berufenen Reichsboten lernen könnten. Herr v. Bethmann ist von dem bisherigen Verlauf dieser Art des parlamentarischen „Handelns“ so optimistisch gestimmt worden, daß er dem Reichstag versicherte, die Einigung werde bestimmt erfolgen. Und wer den beiden nationalliberalen Vorführern W a s s e r m a n n und S e m l e r bei ihren Ausführungen gefolgt ist, findet die Zwerflichkeit des Kanzlers einigermassen begreiflich. Die Nationalliberalen sind nämlich ausnahmsweise in die Stellung der ausschlaggebenden Partei geraten. Mit den Sozialdemokraten und Volksparteikern zusammen bilden sie die Mehrheit. Sie haben es also in der Hand, eine ordentliche Reichsbeschlusse zu schaffen, für die die Sozialdemokratie und die Volkspartei zu haben ist. Auf allen nationalliberalen Tagungen der letzten Zeit haben die Nationalliberalen Mühschweire abgelegt, unter allen Umständen eine solche Beschlusse herbeiführen zu wollen. Als aber Herr Wasseremann nach der Kanzlerrede noch als letzter Redner das Wort nahm, trotzdem für die Nationalliberalen der ölige und weiterliche Herr Semler bereits gesprochen hatte, war leicht zu erraten, daß die Nationalliberalen von der Angst vor der eigenen Courage gepackt worden sind. Herr Wasseremann sprach auch nur von den Wünschen seiner Parteifreunde für eine Reichsbeschlusse. Der Fraktionschef Wasseremann scheint nur deshalb gesprochen zu haben, um für alle Fälle auf die „früheren Darlegungen“ verweisen zu können. Hat doch Herr Semler die Bitte ausgesprochen, es möchte bei der Regelung der

Deckungsfrage unter den bürgerlichen Parteien „keine Partei der Sieger und keine der Besiegten sein“. Da die Nationalliberalen als Sieger nicht in Betracht kommen wollen, konnte die Bitte Semlers nur lauten: Höhnt und schmäht uns nicht, wenn wir uns den Wünschen der Regierung und der schwarzblauen Koalition fügen wollen.

Aus der Rede des Generalmajors v. Bethmann darf über der Umfang nicht vergessen werden. Herr Müller-Meinungen, der unmittelbar vor dem Kanzler gesprochen hatte, betonte, daß es die Pflicht des Kanzlers sei, den Reformen auf militärischem Gebiete zuzustimmen, die von der Mehrheit der Budgetkommission gewünscht werden. Im Wehweiser lehnte der Herr Generalmajor ab, indem er erklärte, es sei seine Pflicht, für feste Disziplin und eine unbeugsame Organisation im Heere zu sorgen, die durch nichts Fremdes unterbrochen wird. Der Reichstag soll also auf Befehl innerhalb einer bestimmten Frist Milliarden für den Militarismus bewilligen, das Volk mit weiteren schweren Lasten belegen und den internationalen Rüstungstreiberischen Wortschub leisten, aber alle seine Wünsche erfahren brüst eine glatte Ablehnung. Und das kann sich sogar Herr v. Bethmann gegen die deutsche Volksvertretung herausnehmen. Warum auch nicht? Die bürgerlichen Parteien werfen sich ja der Regierung förmlich an den Hals; in geradezu ekelerregender Weise haben das namens des Zentrums und der Nationalliberalen die Abgeordneten Erzberger und Semler getan. Durch diese Parteien ist das deutsche Volk in allen Rüstungsfragen elend verraten und verkauft. Sie geraten nur dann zeitweilig aneinander, wenn es gilt, die Lasten so zu verteilen, daß das Parteiinteresse und der Geldbeutel der in diesen Parteien tonangebenden Klüngel gewahrt bleibt.

Weiter ist es noch nötig, den völlig unbegründeten und trivialen Vorwurf zurückzuweisen, den Herr Müller-Meinungen glaubte gegen die sozialdemokratischen Budgetkommissionsmitglieder schleudern zu können, als hätten sie in den vertraulichen Besprechungen Reden gehalten, die im Widerspruch zu der Kampfanlage stehen, die Roske im Auftrage der Fraktion ausgesprochen hat. Das ist eine skrupellose und nichtswürdige Verdächtigung; im Gegenteil, gerade in der Budgetkommission ist von unsern Genossen der Kampf von der ersten Stunde mit allem Eifer und Nachdruck geführt worden. Die politischen und militärischen Darlegungen der Regierungskommission konnten mangels wirklicher Argumente auf unsere Genossen wirklich den „tiefen Eindruck“ nicht machen, den Herr Müller glaubte wahrgenommen zu haben. Die Müllersche Behauptung ist nichts weiter als eine völlig haltlose Schwärmerei. Und solche Schwärmereien fließen Herrn Müller gar leicht von den Lippen.

Daß der gegenwärtige Kriegsminister auf dem glatten Parkett des Parlaments sich nicht wohl fühlt, konnte man schon öfters aus seinem Munde vernehmen; er sehnt sich wieder nach einem Kommando zurück. Und die letzten Monate, wo ihm sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum verteuert hart zugesetzt worden ist, hat wie wahrscheinlich noch keinem seiner Vorgänger, wird sich diese Schmach noch wesentlich gesteigert haben. Herrn v. Heeringen ist die Gabe, wirkungsvoll und schlagfertig zu sprechen, nicht gegeben, dafür besitzt er aber die Eigenschaft, den alten Haudegen in sympatischer Weise zu spielen. Und wenn er - militärisch ausgedrückt - noch so heftig „geblüht“ wird, hält er sich von verteilenden Antworten frei. Dabei ist er von einer Zähigkeit und Ausdauer, die Anerkennung verdient. Freilich, über den Kasernenhof und das Wandersfeld reicht sein Blick nicht hinaus. Sobald ihn ein Redner dieses Gebiet hinauszerst, verläßt Herrn v. Heeringen das Gefühl der Sicherheit und er benützt jede Gelegenheit, um sich wieder auf das rein militärische Gebiet zu retten. Dann ist er wieder ganz Strammheit und die in militärischer Kürze gehaltenen Sätze purzeln dann förmlich aus seinem Munde heraus. Am 12. Juni „berichtigte“ er zu Beginn der Sitzung eine halbe Stunde lang; nur ja nichts aus dem Heer und seinen Einrichtungen lassen, das ist seine Parole! Die schrofpe, ja prozodierend ablehnende Haltung, die am Tage vorher der Generalmajor v. Bethmann gegen die Reformwünsche der Budgetkommission eingenommen hat, scheint man innerhalb der Regierung über Nacht als taktisch verfehlt erkannt zu haben. Herr v. Heeringen mußte deshalb heute seine Sympathie mit einer Reihe dieser Wünsche aussprechen und „eingehende Prüfung“ zulassen. Wenn nach Bewilligung der Militärvorlage die „eingehende Prüfung“ zur Ablehnung führt, so sind eben militärische Gründe maßgebend gewesen, und bei der nächsten Vorlage kann dem Reichstag abermals Prüfung und mögliche Erfüllung seiner Wünsche versprochen werden, womit die Mehrheit wiederum zufrieden sein wird. Nach diesem taktischen Prinzip haben seit vierzig Jahren alle Kriegsminister und Regierungen bei Militärvorlagen manövriert. Eine besondere Spezialität des Herrn v. Heeringen ist, falls er heftig ins Gedränge gerät, sich hinter die Kommandogewalt des Kaisers zu verbergen, und gegen diese Aktion wegen der bürgerlichen Herrschaften keinen ernstgemeinten Angriff. Auch die biederen Volksparteier nicht, sie schwadronieren nur davon, was alles geschehen würde, wenn sie einmal losbrechen würden. Eine Militärvorlage jagt die andere, die Armeekorps wachsen an Zahl und Umfang, die Sturmfestigkeit des Volkes für den Militarismus aufs höchste gespannt, ohne daß er bisweilen irgendwelche bedeutungsvollen Konzeptionen hätte zu machen brauchen. Mars regiert eben immer noch die Stunde im Deutschen Reichstag!

Den Verhandlungen dieser Sitzung drückte eine vorzügliche Rede des Genossen Ledebour das Gepräge auf. Ledebour stand beinahe während der ganzen Dauer seiner zweistündigen Ausführungen auf der Höhe der ihm eigenen Rhetorik. Mit sicheren und gutgezielten Stößen rückte er Herrn v. Bethmann auf den Leib, wobei auch die bürgerliche Mehrheit ihren Teil wegbekam, die den Befehl zur schleunigen Bewilligung der Militärvorlage ohne jeden Widerspruch hingenommen hat. Weiter wies unser Genosse überzeugend nach, daß die Befestigung der Situation in der auswärtigen Politik die neueste deutsche Rüstung nicht zu rechtfertigen vermag. Sehr schlimm erging es Herrn Müller-Meinungen wegen der Verdächtigungen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder. Die Abstraffung, die Ledebour an dem geschwägigen Vertreter für Meinungen 1 vornahm, war sehr hart, aber durchaus verdient. Stürmische Zustimmung fand Ledebour bei seinen Fraktionsgenossen, als er den Wunsch und die Hoffnung aussprach, daß die preußische Wahlrechtsreform einmal zu einer Aktion der Massen führen möchte, die allein einen Erfolg verspricht. Der Ausspruch und die Kritik an dem nicht eingelösten Königswort brachte den Präsidenten K a m p f um das letzte Restchen Fähigkeit, die Verhandlungen auch nur einigermaßen erträglich zu leiten. Es ist ein wahrer Jammer mit diesem Präsidenten, besonders wenn Ledebour spricht. Dann gerät der madere Fortschrittsmann auf dem Präsidentensessel in angstliche Aufregung, die durch den allerdings ähnenen Witz Ledebours dauernd gesteigert wird. In diesem Zustand hält Herr Kampf krampfhaft die Wade fest, als wollte er bei ihr Hilfe und Trost suchen, und erteilt Mahnung auf Mahnung - in der Regel zu unpassendsten Gelegenheiten. Ledebour mußte diesmal

nicht oder über, in der berechtigten Abwehr gegen die präsidialen Angelegenheiten, Herrn Raempff dem allgemeinen Gelächter preisgeben. Warum Herr Raempff in solchen Situationen nicht seinem Parteiemunde Dasein bläht, der über das erforderliche Geschick verfügt, ist unverständlich.

Die prächtige Rede Ledebours fand bei unsern Genossen freudigen Widerhall und trieb die Gegner wiederholt zu lebhaften Widersprüchen, ein Beweis, daß unser Redner gut geglaubt und getroffen hat. — Was die zwei oder drei bürgerlichen Redner dieser Sitzung zu sagen hatten, kann übergegangen werden.

Daß der Reichstag in vierzehn Tagen in die Ferien gehen wird, ist eine allgemeine Ueberzeugung. Sind die bürgerlichen Parteien unter sich einig, dann wird die Bewilligung a tempo vor sich gehen. Sie verzichten dann darauf, die Gesetze, denen sie ihre Zustimmung geben wollen, wirklich durchzubringen; die begreifliche Sehnsucht der Reichskolonnen, nach Hause zu kommen, unterstützt das Vorhaben ganz erheblich. Durch den Abbruch von drei Kavallerieregimentern wird dafür nach außen hin Eindruck zu schinden versucht. Um diese drei Kavallerieregimenter wurde am 13. Juni noch einmal lebhaft gekämpft in einem Redegefecht, dem unsere Genossen mit verzückten Armen ruhig zusahen. Da die Junter für die Kavallerie besondere Sympathien haben, weil sie vorwiegend dort dienen und für lautes Geld die Herde liefern, beantragten sie, statt der sechs von der Regierung geforderten Kavallerieregimenter deren acht zu bewilligen. Mit 202 gegen 87 Stimmen wurde diese junterliche Unverschämtheit zurückgewiesen. Die Nationalisten verlangten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also die Bewilligung von sechs Regimentern. Mit 203 gegen 150 Stimmen lehnte der Reichstag auch die nationalliberale Forderung ab. Als der Präsident die Ablehnung verkündete, rief Genosse Ledebour: Kommt nun die Auflösung? Der schlagfertige Abgeordnete Dose antwortete: Darüber wird hier nicht entschieden! Es folgte die Abstimmung über nicht weniger als 22 Resolutionen, die von der Budgetkommission und den Parteien gestellt worden sind. Von einer oder zwei Ausnahmen abgesehen, fanden alle Resolutionen eine Mehrheit, wobei sich abwechselnd recht interessante Parteigruppierungen bildeten, so z. B. als Konfervative und Sozialdemokraten gemeinsam und allein gegen eine andere Benennung des Trains stimmten, eine „wichtige“ militärische Reform, über die per Sammelstimme entschieden werden mußte. Den sozialdemokratischen Antrag, die Zeit für die Friedensübungen so zu wählen, daß die Übungspflichtigen nicht gehindert werden, an Reichs- und Landtagswahlen teilzunehmen, half das Zentrum nicht.

Es folgte die Beratung des sozialdemokratischen Antrags, der die Einföhrung der einjährigen Dienstzeit für alle Wehrangehörigen und, falls dem nicht zugestimmt wird, die Befreiung des Privilegs der Einjährigen-Freiwilligen verlangt. Genosse Gradnauer vertrat in recht instruktiven Darlegungen diese Forderung. Wird der Paradezug aus dem militärischen Dienste entfernt, können auch bei einjähriger Dienstzeit kriegslüchtige Soldaten ausgebildet werden, bei systematischer Jugendausbildung in noch weit kürzerer Zeit. Daß mit der heutigen, militärisch gar nicht notwendigen langen Dienstzeit auch politische Zwecke verfolgt werden, ist ja bekannt. Die lange Dienstzeit soll auch die „Wahrheit“ der Staatsbürger heranzubilden, wie ja die Arbeiter fortgesetzt als ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie präsentiert wird. Für diese reaktionären politischen Zwecke sollen auch in Zukunft über 100000 junge Männer ein und zwei Jahre länger in der Kaserne bleiben, als tatsächlich notwendig ist, und Riesensummen werden jährlich dafür verausgabt. Dabei avancieren gerade die Leute, die auf Grund eines Privilegs nur ein Jahr dienen, sehr rasch zu Unteroffizieren und Offizieren. Jedoch, möchte Genosse Gradnauer auch noch so überzeugend für den sozialdemokratischen Antrag sprechen, außer unfern Genossen wird keine Partei für ihn stimmen. In der Agitation wird uns aber die Ablehnung gute Dienste leisten.

Am 14. Juni sollte die Beratung fortgesetzt werden. Statt dessen kam es nur zu einer ganz kurzen viertelstündigen Sitzung, in welcher der Präsident Raempff mit „volltonender Stimme und rethorischer Schwung“ eine Schuldigungsansprache an den Kaiser hielt. Da es höchstem Krum galt, waren Kanzler und Bundesrat im Parlament vollzählig vertreten. Die sozialdemokratische Fraktion hielt sich selbstverständlich von dem Treiben fern. Die bürgerlichen Abgeordneten hörten die Raempff'sche Rede stehend an und drachen dann in ein begeistertes Hoch aus. Auch die Tribünenbesucher durften diesmal mitjubeln, was ihnen ja sonst verboten ist. Dann stellte der Reichsparteiler Schulz-Brandenburg den Antrag, angesichts „der festlichen Stimmung des Hauses“ nicht in die Tagesordnung einzutreten und der Reichstag vertage sich bis zum Dienstag.

Deutschland.

Keine Amnestie für politische Vergehen!

In den letzten Wochen vor dem 25-jährigen Kaiserjubiläum war wiederholt von einer allgemeinen Amnestie die Rede. Es hieß, sogar der zum Tode verurteilte Raubmörder Sternfeld würde begnadigt werden. Nun veröffentlicht der Reichsanzeiger nachstehenden Erlass:

„Ich bin durch die Anläß meines Regierungsjubiläums durch Verleih oder Milderung von Strafen in weitem Umfang Gnade in Üben und beehrte mich, dies dem Reichspräsidenten und dem Reichstag mitteilen zu lassen. Die Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf über die Amnestie sind in der Hauptsache bereits erledigt. Die Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf über die Amnestie sind in der Hauptsache bereits erledigt. Die Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf über die Amnestie sind in der Hauptsache bereits erledigt.“

Das Wahlurnengefetz.

Im Reichsanzeiger wird die Uebersetzung des Wahlurnenwahlgesetzes vom 14. Juni bekannt gegeben. 1. Paragraph 1. Absatz 2 des Wahlurnengesetzes vom 28. März 1870 (Bundesgesetzblatt S. 27) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 1878 (Reichsgesetzblatt S. 202) enthält die nachstehende Fassung. An dieser Stelle wird ein verändertes Gesetz (Wahlurnen) zum Anzeigen der Stimmzettel gelehrt. Die Wahlurne muß mindestens fünf, im Innern gemessen, muß ihre Höhe mindestens ein Viertel und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 15 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 3 Zentimeter sein darf, und durch den die Umschläge mit dem Stimmzettel hineingelegt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge muß die Wahlurne nicht geöffnet werden. 2. Absatz 4 der Anlage B zum

Wahlurnengesetz erhält die nachstehende Fassung: An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, wurde ein vierreihiges Gitter mit Deckel zum Hinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne, im Innern gemessen, . . . Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand . . . Zentimeter und die Breite des Spalles im Deckel der Urne . . . Zentimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schlusse der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Aus Westpreußen.

Staat und Sozialdemokratie.

„Wir scheinen doch manche Zeichen der Zeit, z. B. die gewerkschaftsähnliche Organisation technisch-industrieller Beamten, darauf hinzuweisen, daß der Gegensatz zum Kapitalismus heute schon genau so empfunden wird von den höhergebildeten wie von den Schichten der Lohnarbeiter. Wenn also heute Millionen von Besitzlosen, die sich als vierter Stand betrachten, bestrebt sind, das Staatsrudel in ihre Hand zu bekommen, so kann man den Widerstand der herrschenden Klasse gegen eine solche Entwicklung wohl verstehen. Aber der vierte Stand tut damit nichts anderes, als was die anderen sozialen Schichten vor ihm getan haben und ein wenig verkümmert auch heute noch tun. Oder ist es nicht das Interesse an der Machtübertragung ihrer Klasse im Staate, wenn die Großgrundbesitzer des Ostens sich gegen jegliche Reform des Wahlrechts und jegliche Neuverteilung der Wahlkreise in Preußen sträuben? Man braucht das nicht einmal fittlich zu verurteilen, wenn damit die subjektive Ueberzeugung der Partei verbunden ist, daß gerade die Herrschaft ihrer Klasse auch für das große Ganze das Beste sein würde. Und zu dieser Ueberzeugung glaubt wohl eine Millionenpartei wie die Sozialdemokratie am ehesten berechtigt zu sein. Deshalb muß der Staat auch für die Klassenbewegung des vierten Standes Gerechtigkeit haben und muß endlich aufhören, der ganzen sozialdemokratischen Bewegung das kaltnal mittelwertige Rinderwertigkeit auszubücheln. Was will der Staat denn machen, wenn, was durchaus möglich, aus dem sozialdemokratischen Drittel aller Wähler höchstens einmal die größere Hälfte wird? Dann würde also nach dem heutigen Rezept mehr als die Hälfte unseres Volkes den „inneren Feind“ darstellen. Aber schon die heutige Stärke der Sozialdemokratie genügt, um die Theorie vom „inneren Feind“ absurd erscheinen zu lassen. Seht sich doch heute selbst die Armee zu einem erheblichen Teile aus Sozialdemokraten zusammen, wenn diese, so lange sie unter den Waffen sind, auch ihre Parteizugehörigkeit nicht zur Schau tragen.“

Walter Schücking, Universitätsprofessor in Marburg, in einem eben erschienenen Buch: Neue Feste der staatlichen Entwicklung.

Danzig.

Lorenz und Brill vor dem Reichsgericht.

Unser früherer Redakteur Lorenz und der Gewerkschaftsbeamte Brill waren vom Landgericht Danzig am 25. Januar dieses Jahres wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeigerichtes in Ddra zu 200 bzw. 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Reichsgericht hat dieses Urteil, gegen das beide Angeklagte Revision eingelegt hatten, bestätigt. In Nummer 160 der Volkswacht war ein Artikel veröffentlicht worden, der dem Polizeigericht die Verhältnisse des Polizeigerichtes vorwarf. Vor allem war ihm nachgesagt worden, er verbringe, wenn er Sonntagsdienst habe, seine Zeit fast stündlich in dem Lokale „Zur Ostbahn“. Wenn der Birch Rathesius Rausschmeißer brauche, dann solle er sich nur solche Leute engagieren und nicht die Polizei hierzu verwenden. Am 22. September 1912 habe die Polizei auch fast stündlich in dem genannten Lokal gesessen, obwohl auf den Straßen gejoht und geläutet worden sei. Wenn er ja mal hin und wieder auf die Straße gegangen sei, dann habe er es stets sehr eilig gehabt, alsbald wieder in seine freiwillige Polizeistube in der Ostbahn zu kommen. Das Gericht habe festgestellt, daß diese gegen den Beamten erhobenen Vorwürfe ungedehrfertigt seien, denn es habe zur Pflicht des Beamten gehört, in der betreffenden Wirtschaft, wo Tanzmusik gewesen sei, nach dem Rechen zu sehen und die Einhaltung der Polizeistunde zu beobachten. Die Revision, die beide Angeklagte gegen das Urteil eingelegt hatten, wurde als unbegründet verworfen.

„Gelobt sei Jesus Christus!“

Vor einigen Tagen schrieb das Westpreussische Volkswacht:

„In den katholischen Gegenden Deutschlands, besonders auf dem Lande, grüßt man sich mit dem schönen Grusse: „Gelobt sei Jesus Christus“ — „In Ewigkeit, Amen.“ Der heilige Vater hat nun zur Erinnerung an das konstantinische Zementarium einen Absatz von hundert Tagen allen jenen verliehen, die sich dieses katholischen Grüßes bedienen. Der Absatz ist auch den armen Seelen im Jenseitigen zuwendbar. Dieses Privileg ist erteilt worden, damit der fromme Gebrauch dieses Grüßes beibehalten, verbreitet und dort, wo er im Vergessenheit geraten ist, wieder aufgenommen werde.“

Gegen den Gruss an sich läßt sich nichts einwenden. Aber daß der Absatz im zwanzigsten Jahrhundert noch blüht wie im Mittelalter, ist kein Ruhmeszeichen moderner Kultur!

Zwei Urteile.

150 Mark Strafe wegen Beleidigung der Direktion der Straßenbahn und Elektrizitätsgesellschaft Königsberg erhielt unter Reichstagskandidat Genosse Markwald — Königsberg. Die Gesellschaft hatte im vorigen Jahre beim Streit der Straßenbahn mit dem Königsberger Magistrat wahrheitswidrig mitgeteilt, daß die Straßenbahn das Streikrecht verlangt hätten. In Wirklichkeit hatte die Gesellschaft versichert, den Straßenbahngestellten das Streikrecht zu nehmen. In der Stadtvorordnetenversammlung hatte er deshalb gesagt, die Gesellschaft würde, was sie schwören könnte. Und in einer Volksversammlung hatte er erklärt, die

Gesellschaft habe wider besseres Wissen dem Magistrat Mitteilungen über den Streik gemacht. Einer der Direktoren, Dr. Krüger, vorwärts freimüthiger Landtagsabgeordneter, hatte in bezug auf Markwald von einem Bubenstück gesprochen. Auf die von M. erhobene Widerklage wurde Direktor Krüger zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Woher die hohen Gewinne?

Die Gewinnquellen der privatrechtlichen Versicherungen sind mannigfacher Art. Zunächst kommt der Sterblichkeitsgewinn in Frage, der dadurch entsteht, daß für die Berechnung der Befahren veraltete Sterbetafeln zugrunde gelegt werden. Inzwischen ist aber durch die Fortschritte der Gesundheitspflege und der sozialen Fürsorge die Sterblichkeit ganz erheblich geringer geworden als vor 30, 40 Jahren.

Zweitens entsteht ein Zinsgewinn dadurch, daß bei Berechnung der Prämien ein Satz von 3½ Prozent zugrunde gelegt wird, während die Gesellschaften 4½ Prozent herauschlagen. Ferner wird Vorteil gezogen aus den Zuschlägen zur Restprämie, die so berechnet wird, als ob der Versicherte bestäbe, was ihm zustände, wenn die Sterbetabelle ganz richtig wäre. Der Zuschlag für die Verwaltung wird dann reichlich hoch eingestuft.

Endlich entsteht aus dem Versicherungsverfall ein Gewinn. Die Victoria verdiente in den letzten acht Jahren 8 Millionen Mark aus der ersten, 14,8 Millionen Mark aus der zweiten, 7,5 Millionen Mark aus der dritten und 4,7 Millionen Mark aus der vierten Quelle, zusammen also 102½ Millionen Mark.

Was man großstädtischen Arbeitern noch zu bieten magt.

Der Baugewerksmeister König beschäftigt zurzeit auf der Kaiserlichen Werft etwa 20—25 Mann, die dort an der Errichtung einer Heberdichtung für den Viegeplatz der Unterseeboote arbeiten. Am 16. Juni hatten diese Leute wie gewöhnlich um 6 Uhr morgens ihre Tätigkeit aufgenommen. Um 9½ Uhr ersahen plötzlich die Prinzipal und gebot Einstellung der Arbeit. Ueber die Gründe erfuhr die Arbeiter nichts. Der größere Teil von ihnen wohnte in den Danziger Vororten und die Frauen hatten sich natürlich darauf eingerichtet, ihren Männern das Mittagbrot nach der Werft zu bringen. Da Proletariat nicht um 2 oder 3 Uhr dinieren, machte manche Frau den Weg vergeblich und mancher der Männer kam um sein rechtzeitiges Mittagessen. Kein Wunder, daß die Arbeiter des Herrn König über die Rücksichtslosigkeit der Firma empört sind. Sie meinen mit Recht, daß ihnen die Maßnahme bereits am Sonnabend bei der Lohnzahlung hätte mitgeteilt werden können. (Zweifellos haben die betreffenden Arbeiter Anspruch auf Bezahlung für den durch die Schuld der Firma verbummelten Tag. Red. d. W.)

Jochinke, Jochinke hüt di!

Für den Abgeordneten Weinhausen dürfte es geraten sein, in Zukunft der Danziger Kammeile fern zu bleiben. Er gehört nämlich zu denen, die die drei Kavallerieregimenter abgelehnt haben. Und daß ein bürgerlicher Abgeordneter sich hin und wieder noch einen Funter-Verstand bewahrt, ist natürlich den Rüstungsherrn in der Redaktion der Danziger Neuesten Nachrichten ein Brenel. Sie geben ihrem „ganz besonderen Bedauern“ über die Abstimmung Weinhausens Ausdruck und erwarten, daß er in der dritten Lesung umfällt. Ob Weinhausen den Wind mit dem Jauchplatz versteht und Order pariert? Möglich, daß ihm der Abgeordnete Sieg als warnender Geist erscheint.

Buchdrucker-versammlung.

Nachdem die zahlreich erschienenen Gäste zum Kongreß der Buchdruckerorganisation am Sonntag Vormittag die Sebenswürdigkeiten der Stadt in Augenschein genommen hatten, fand am Nachmittage im Gewerbehaus eine allgemeine Buchdrucker-versammlung statt, die sehr stark besucht war. Der Bauvorsteher von Rheinland-Westfalen, Albrecht-Essen, beleuchtete in seinem Vortrage die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den freien. Redner beleuchtete die Zersplitterungstaktik der gegnerischen Organisationen und ermahnte zur Einigkeit, denn nur darin beruhe die Stärke der Arbeiterschaft. — In der Diskussion forderte der Korrespondent Helmholz zu regem Versammlungsbesuch auf. Ein richtiger Gewerkschaftler ist auch ein eifriger Versammlungsbesucher. Mit einem Hoch auf die im Fahrwasser der freien Gewerkschaften segelnde Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Wintergarten. „Danzig, da kannst du stolz drauf sein“. So betitelt sich ein neues Stück im Wintergarten, an das freilich der Maßstab literarischen Wertes nicht angelegt werden kann. Die ganze Darstellung des Stückes kommt in folgenden Bildern zum Ausdruck: 1. Bild: In der Stammkneipe Pogutke's. 2. Bild: Auf der Langgasse. 3. Bild: Im Familienbad Zoppot. 4. Bild: Im Theaterbureau Pogutke's. Das Stück ist dem bürgerlichen Leben entnommen. In seiner Stammkneipe wird Pogutke angepöfft, als Stadtverordneten-Kompromißkandidat vorgeschlagen, was ihm jedoch nicht beghut. Jedoch dem Plan, eine Lokalrevue zu inszenieren, stimmt er zu. Seine „drolligen“ Danziger Epithetamen Lorbach, Bowke usw., passend zur Zeit zwischen geworfen, entfachen wahre Lachsalven der Zuhörer. Sein Fattoium Knollertuch machte den Clou des Abends mit gutem Geschick.

In der Langgasse wird das Engagement der erforderlichen Personen in Szene gesetzt. Der Wargandel 00 übt bei der Werbung von zwei „Danziger Bowkes“ auf diese den bekannten „für alles zu habenden“ Einfluß aus. Im Familienbad Zoppot findet man noch die fehlenden Kräfte, welche samt und sonders nach dem von Pogutke, Stadtgraben 103, eingerichteten Theaterbureau zur Probe bestellt werden.

Die zwei Danziger „Bowkes“ mit ihrem Brummtopf und Gesang: „Wir wünschen dem Herrn ein' gedeckten Tisch usw.“, bringen noch eine altbergrachte, sich bis in heilige Zeit erhaltene Neujahrsgratulation zur drolligen Darstellung. Zwischenbuch löst das Erscheinen von Pogutke's „Dische“ und das Bestehen Pogutke's hinter den Kulissen vor derselben Heiterkeitsstürme aus. Die vielen Zwischenfälle sind recht passend eingebaut und geben dem Ganzen das Gepräge.

Die Darsteller geben ihr Bestes. Die Gesangseintagen sind Schläger. Sie dürften wohl bald als Cassenhauer in Danzig und darüber hinaus bekannt werden.

Viele Kösten sind wohl für die Ausstattung der Bühne mit Dekorationen ausgegeben. Sie passen trefflich zu der Aufführung des Stückes. Die Langgasse und der Holzmarkt wirken natürlich, und heißen das Auge der Besucher fortgesetzt auf diese Dekorationen. — Leider hält die kalte Witterung viele vom Besuche dieser Lokalposse zurück, jedoch der ertragreiche Erfolg vorläufig auszubleiben scheint.

Eibing-Marienburg.

Arbeiterfieg.

Einen schönen Erfolg hat der Fabrikarbeiter-Verband, der die Lohnbewegung der Arbeiter der Eibinger Sandsteingiegelei F. Schmidt leitete, zu verzeichnen.

Die Löhne dieser Arbeiter waren sehr niedrig. Daher landte der Fabrikarbeiterverband Herrn Schmidt im Auftrage der Arbeiter eine Forderung auf Lohnerhöhung. Das Schreiben wurde Herrn Sch. am 11. durch die Post zugestellt. Schon am Nachmittag desselben Tages erschien in der Elbinger Zeitung ein Inserat, durch welches die Firma Maschinisten und Akkordarbeiter suchte. Jedenfalls haben sich wohl wenig Arbeiter gemeldet, denn um 5 1/2 Uhr erschien Herr Sch. im Betriebe und erklärte das abends um 8 Uhr verhandeln zu wollen. Die Arbeiter bestanden aber darauf, die Sache gleich zu erledigen. Als der Chef das ablehnte, nahmen die Nachschichtarbeiter die Arbeit nicht auf. Die Verhandlungen am Abend führten jedenfalls zu keiner Einigung. So wurde der Streik einstimmig beschlossen. Der Betrieb ruhte nun bis Montag vollständig und mußten einige Schiffe, die Ziegel laden wollten, wieder leer ausgehen. Neue Verhandlungen, die unter Zuziehung des Gauleiters Wollermann und des Gewerkschaftsbeamten Meyer erfolgten, führten dann zum Abschluß eines Tarifvertrages.

Die Lohnarbeiter erhielten eine Zulage von 30 Pfennigen, die Maschinisten und Heizer sowie Akkordarbeiter 40 bis 55 Pfennigen pro Tag. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation wird niemand entlassen. Zur Regelung der Streikigkeiten ist ein Arbeiterausschuß gewählt.

Darf dieser Vertrag noch nicht als ein Mustervertrag gelten, so ist es in Anbetracht der jungen Mitgliedschaft der Arbeiter sowie der bisherigen Arbeitsbedingungen des Betriebes mit Freuden zu begrüßen, daß die Grundlaage geschaffen ist, auf der das Interesse der Arbeiter weiter gewahrt werden kann.

Dieser Erfolg sollte aber auch die Arbeiter der Longiegelei des Herrn Schmidt ansprechen, sich ebenfalls dem Verbands anzuschließen und eine Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erstreben, denn ohne Organisation keine Macht, ohne Kampf kein Sieg.

Auch die Arbeiter der übrigen Kleinbetriebe müssen nun doch endlich einsehen, welchen großen Wert die Organisation gerade für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter hat. Gibt es doch in den Zementfabriken hier noch Stundenlöhne von 23 bis 25 Pfennigen. Solche Hungerlöhne sind nur durch die Organisation zu beseitigen. Darum rufen wir allen ungelerten Arbeitern zu: Tretet ein in den Fabrikarbeiterverband und erkämpft euch besseren Lohn und mehr Brot!

Mächtiges Bauhgymnast

verurteilt der Deutsche Landarbeiterverband, die wirtschaftliche Interessensvertretung der gedrücktesten ländlichen Proletarier, unseren strohdachbedeckten Agramern. In der Angst, daß die Landarbeiterschaft freemüßlich Hand an die Profite legen könnte, die die Herren Agrarier dank unserer „gesegneten“ Wirtschaftspolitik in die Tasche zu stecken vermögen, sind sie ängstlich bemüht, jede Organisationsregung „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen im Keime zu ersticken. Welche Mittel hierbei zur Anwendung gelangen, und welcher brutaler Zwang ausgeübt wird, davon kann sich nur der eine Vorstellung machen, der in ostelbischen Gefilden lebt und offenen Auges das Treiben dieser Sippschaft beobachtet. Hier nur ein Beispiel. Kürzlich sollte in einer Ortschaft des Kreises Elbing eine Bepflanzung von Landarbeitern über Anschluß an den Verband stattfinden um durch diesen Anschluß dem Einzelnen Unterstützung in Krankheits- und sonstigen Notfällen, bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis u. a. m. zu sichern. Auf irgend eine Weise erhielten die „Großen“ der Ortschaft Wind und mit dem Schreckenruf: „Crispien kommt!“ eilten die Bedrängten zu dem Gastwirt, bei dem die Bepflanzung vor sich gehen sollte, um diesen nach allen Regeln der Kunst zu bearbeiten. Und es müssen schon recht kräftige „Ermahnungen“ gewesen sein, welche dem Bauzuspriester in die Ohren geblasen wurden, denn der Herr, welcher erst seine Zusage auf Ehrerückung des Lokals gegeben hatte, klappte plötzlich zusammen wie ein Taschmesser. Obwohl er nur auf Arbeiterkundschaft angewiesen ist, erklärte er ein über das andere Mal dem Veranstalter der Bepflanzung: „Ja, wenn es noch die Maurer wären, dann ja, aber hier sind doch auch die Arbeiter eingeladen worden, nee, das geht nicht!“ Und dabei blieb es. Die Maurer sind nach dieser Auffassung der Agramer nicht gefährlich, doch Landarbeiter organisieren, das ist der Anfang der Revolution. Das Selbstsicherheitsinteresse der Dorfgehaltigen wäre also zunächst wieder einmal gerettet, doch auf wie lange? Einmal werden auch die Proletarier des Landes zum Klassenbewußtsein erwachen und gründliche Abrechnung mit ihren Bedrückern halten. Und auch mit deren feilen Landsknechten, welche die Arbeiter nur als melkende Kuh betrachtend, schmunzelnd die Groschen des Proletariats einsacken, ihm aber die Tür weisen, wenn er seine Menschenrechte fordert.

Arbeiterfest. Am 22. Juni feiert der Allgemeine Arbeiter-Verein im Volkshaufe, Holzstraße 4, sein diesjähriges Sommerfest. Für Belustigung aller Art ist Sorge getragen. Im Interesse der Arbeiterschaft Elbings wäre es dringend erwünscht, daß sich das Proletariat an diesem Fest beteilige. Vielleicht erinnern sich die Arbeiter Elbings an diesem Tage ihrer Pflicht.

Hoppenbruch wird nach Marienburg eingemeindet. Nach längerer Verhandlung hat sich der Magistrat von Marienburg mit der Gemeindevertretung von Hoppenbruch über die Eingemeindung geeinigt. Da auch der Kreisausschuß dem Projekt freundlich gegenübersteht, dürfte die Angelegenheit, die bereits seit mehreren Jahren die Marienburger beschäftigt, ihrer endgültigen Lösung entgegengehen.

Danzig-Land.

Von der Nehrung. Provinzialblätter berichten, daß die seit einigen Jahren im Bau begriffene Verkehrsstraße, die über die Nehrung laufend, Danzig mit dem Königsberger Vorhafen Pflau verbinden soll, ihrer Vollendung entgegengeht. Bis in die Nähe von Kahlberg ist die Kieschaufsee, bereits von beiden Seiten hergestellt, so daß also die Beendigung der Arbeiten nur noch wenige Wochen auf sich warten lassen wird.

Vom Zuge überfahren. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Guteherberge wurde die Leiche eines gut gekleideten jungen Mannes auf den Schienen gefunden. Der Tote ist nach dem Leichenhause in Ohra gebracht worden. Mann nimmt an, daß er durch Selbstmord aus dem Leben geschieden ist.

Stuhm-Marienwerder.

Die Ortrantenkasse von Marienwerder wird aufgehoben. Der Kreisrat beschloß die Aufhebung der Ortrantenkassen von Piewe und Marienwerder, damit die Sicherheit der Allgemeinen Krankenkasse nicht gefährdet würde. Wir müßten unsere Agrarier nicht von heute und gestern kennen, um anzunehmen, daß bei dem Beschluß für die Arbeiter nichts gutes herauskommt.

Zum Kaiserjubiläum sollen die armen Leute des Kreises Stuhm ein Krankenhauses als Angebinde erhalten. Der Kreisrat bewilligte 290 000 Mark zu diesem Zweck. Was wir von diesen Jubiläumstiftungen halten, haben wir in der polkischen Uebersicht der heutigen Nummer gesagt, so daß an dieser Stelle die Registreierung der Tatsache genügt.

Graudenz-Strasburg.

Wo ist die Vernunft geblieben? Wie wüßte und leer es in manchen Schädeln aussieht, dafür liefert eine Notiz, die wir der Elbinger Zeitung entnehmen, einen sprechenden Beweis. Wir bringen dies Kulturdokument unverkürzt zum Abdruck, damit unsere Leser den vollen „Genuß“ haben:

Lautenburg, den 8. Juni. Einen Kampf um die Festung Jamielnik wird die Stadtschule zur Feier des Kaiserjubiläums veranstalten. Die wehrfähige Mannschaft, d. h. die oberen Jahrgänge der Knaben, rückt morgens zu einer größeren kriegerischen Unternehmung aus und tritt einer den entsprechenden Jahrgängen der Schulen von Langendorf, Czarny, Brinsk, Klonowo, Wlewsk, Jamielnik gebildeten Armee bei dem zu einer Festung ersten Ranges ungebauten Ort Jamielnik zu erstem Kampf gegenüber. Der große Generalstab arbeitet bereits sieberhaft: Karten und Pläne entstehen, die notwendigsten „völkerrechtlichen“ Bestimmungen werden festgelegt, Bereisungen des Geländes, Truppenbeschäftigungen und -übungen in den kleineren Verbänden erfolgen täglich. Da beide Armeen von dem Willen „zum Siege“ getrieben werden, verspricht der Kampf sehr interessant zu werden — auch für erwachsene Schlachtenbummler beider Geschlechter. Die Mädchen der oberen Jahrgänge machen während der Schlacht Ausflüge nach verschiedenen Punkten unserer Umgebung und finden sich dann mit den Kriegerern auf einem gemeinsamen Festplatze zusammen, um die ermüdeten Krieger und Verwundeten zu pflegen. Ein patriotischer Festakt und ein fröhlicher Heimmarsch beschließen den Tag der „Schlacht bei Jamielnik“.

Wenn dieser Blödsinn im Weltblatt von Litz oder Poldioschen steht, wo der Seherstift dem Verleger die Redaktion nebenamtlich beibringt, mag's noch hingehen. Aber wenn die bestredigterle bürgerliche Zeitung Westpreußens — und das ist die Elbinger Zeitung zweifellos — keinen Anstand nimmt, dieses Geistesprodukt hyperpatriotischer Übergeschnaptheit in ihre Spalten aufzunehmen, welche Verwirrung angerichtet in die letzten Wochen in den Köpfen mancher Leute ausgelöst haben!

Das Irrenhaus als „Rettung“. In voriger Nummer berichteten wir über die Ausschreitungen eines den „besseren Ständen“ angehörigen Herrn. Die bürgerliche Provinzpresse teilt nunmehr mit, daß ein Leutnant An. vom Graudenz-Regiment, „der in trunkelem Zustande schwere Erzeffe verübt“, in Begleitung seines Vaters und eines Sanitätsarztes nach Schwetz in die Irrenanstalt gebracht wurde. Also vermutlich Delirium tremens.

Thorn-Kulm-Briefen.

Ein Thornor als Spigel entlarvt. Der Buchhändler W i a r u s P o l s k i teilt in der Nummer vom 11. Juni mit, daß am Sonntag vorher aus einer Zahlstellenvermittlung der Poln. Berufsvereinigung ein gewisser Mieczyslaw Kubiat wegen Spitzelerei hinausgewiesen worden ist. Kubiat ist Schriftsetzer von Beruf und hat abwechselnd in Thorn, Posen, Krakau, Amerika und zuletzt in Bochum gearbeitet. Hier ist er auch seit drei Monaten Mitinhaber eines Zahnatellers. Glaubwürdige Leute versichern, unwiderlegbares Material in Händen zu besitzen, wonach Kubiat polnische Vereine im Auftrage der Polizei bespitzelt habe.

Uns wird noch mitgeteilt, daß Kubiat, der in einer Druckerei des Herrn Breiski in Thorn ausgearbeitet hat, im Wiarus Polski und beim Herrn Breiski ein besonderes Vertrauen genöß. Er kam aus Thorn in die Druckerei des Wiarus Polski, wanderte dann auf einige Monate nach Amerika aus und kam wieder in die Druckerei

des Wiarus Polski zurück, wo er ohne weiteres wieder aufgenommen wurde. Auch seine Frau war längere Zeit in der Buchhandlung des Wiarus Polski beschäftigt. In Amerika und Krakau soll Kubiat als Streikbrecher gearbeitet haben. Des ist schon möglich! Es sei noch erwähnt, daß Kubiat vor etwa 1 1/2 Jahren nach seiner Rückkehr aus Amerika wegen gefälschter Eintragungen in seinem Mitgliedsbuche — also wegen Urkundenfälschung — aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker ausgeschlossen wurde. Hierauf ließ er sich von der Polnischen Berufsvereinigung aufnehmen und war ein lieber Freund des Druckereifaktors beim Wiarus Polski, Herrn Bertig, der seit Jahren sich bemüht, die ihm unterstellten Kollegen zum Austritt aus dem Buchdruckerverband zu bewegen, um sie für die Polnische Berufsvereinigung zu kapern. Ob die Polizei mit einem Urkundenfälscher wirklich gemeinsam gearbeitet haben sollte? Dieser Fall erinnert an den feinerzeit von uns entlarvten Polkispigel Stephan Wlele.

Dr.-Krone.

Die Justizw. Ortrantenkasse sollte infolge des neuen Krankentafelgesetzes eingehen. Auf die eingelegte Beschwerde ist die Aufhebung einstweilen suspendiert und die Angelegenheit den Behörden zur nochmaligen Beratung überwiesen worden.

Schlöchau-Flatow.

Siegreicher Streik. Seit ungefähr drei Wochen streikten in Hammerstein die Maurer. Da sich keine Streikbrecher fanden, mußten die Unternehmer nachgeben. Die Maurer erhalten nun 3 Pfennig pro Stunde mehr, somit 42—45 Pfennig; die Arbeitszeit beträgt fortan nur 10 Stunden, am Sonnabend 8 Stunden, während die Unternehmer eine Stunde der Mindezarbeit bezahlen müssen. Bei Aushearbeit müssen sie künftig das Fahrgehd ersehen. Außerdem wird die Fahrzeit auf die Arbeitszeit angerechnet.

Die Furcht vor der Fürsorgeziehung veranlaßte in Flatow ein Mädchen aus dem dritten Stock des Rettungshauses auf die Straße zu springen. Es glückte der Verzweifelten, unbemerkt zu entkommen.

Dirschau-Berent-Pr.-Stargard.

Vom Geschütz überfahren wurde am Freitag vormittag ein Kanonier des in Pr.-Stargard garnisierenden Feldartillerieregiments 72. Der Bedauernswerte war auf der Stelle tot.

Berichtliches.

Drei Mäuse im Semmelteig.

Die Leipziger Volkszeitung berichtete am 17. Januar dieses Jahres von einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht der Amtshauptmannschaft Leipzig, in der geradezu haarsträubende Schweinereien aus der Bäckerei des Bäckermeisters Konrad Ledner in Wahren zur Sprache kamen. Auf Grund dieses Berichts sah sich die Behörde veranlaßt, eine Untersuchung einzuleiten, die gegen Ledner zur Eröffnung eines Strafverfahrens wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz führte. Vor einigen Tagen fand nun in dieser Sache Termin vor dem Leipziger Schöffengericht statt. Nach dem Eröffnungsbeschlusse ist Ledner beschuldigt, an einem Tage vor Weihnachten Semmelteig verarbeitet und die Produkte verkauft zu haben, trotzdem in dem Teige, nachdem er durch die Teigtrennmachine gegangen war, Sackfasern und zwei tote Mäuse gefunden wurden; außerdem habe sich in diesem Teige beim Zerschneiden mit der Weißgebäckpresse noch eine dritte durchschnittenen Mäuseleiche gefunden. Ledner behauptete, nicht er, sondern die Gesellen seien an der Mäusegefahr schuld. Er habe erst später, als das Gebäck schon verkauft war, davon erfahren, daß im Teige etwas gefunden worden sei; von diesem Teige habe er selbst Frühstücksbrötchen gebacken. Er sei erst früh um 4 Uhr in die Wertstelle gekommen, als das Backen schon beendet war, dann habe er das Gebäck nur noch zum Verpacken abgezählt. Schon bei der Verrechnung des Angetragten entpuppten sich seine Angaben als unwahr. Ledner mußte schließlich selbst zugeben, daß er an diesem Tage beim Backen mitgeholfen habe. Da sei der Gehilfe K. zu ihm gekommen und habe ihm etwas gezeigt mit den Worten: „Ich habe so einen Kopf gefunden.“ An dem Tage habe Ledner dann den letzten Mehlrest aus dem fraglichen Sack sieben lassen, dabei sind noch zwei tote Mäuse gefunden worden, so daß also in dem einen Sack Mehl fünf tote Mäuse und ein Mäusenest enthalten waren, denn die Sackfasern, die im Teig gefunden wurden, waren nach dem Zeugnis eines Gesellen ein Mäusenest.

Die Auslagen der als Zeugen geladenen Bäckergehlen bestätigten die maßlose Schweinerei in dem Bäckereibetriebe. Der Zeuge M. sagte aus, auf Veranlassung des Meisters sei das Mehl vor der Verarbeitung nicht gesiebt worden. Das Mehl sei, wie es vom Mehlboden herunterkam, aus den Säcken in die Backtrüge geschüttet worden. Der Meister habe gesagt: „Die Mehle sind gut, da ist nichts drin.“ An dem fraglichen Tage sei der Meister gegen 1 Uhr nachts in die Backstube gekommen, als M. der erst am Ofen beschäftigt war, die Backstube betreten habe, sei ihm aufgefallen, daß der Teig schwarz ausgesehen habe, gerade als ob Spinnweben darauf lagen. Auf seine Frage, was mit dem Teig sei, habe der Meister etwas Unverständliches vor sich hingemurmelt, dann habe er etwas aus dem Teig herausgenommen und zum Fenster hinausgeworfen. M. habe darauf das Schwarze vom Teige abgezapft. Der Amtsanwalt bemerkte dazu, es sei doch nicht

PUCK

die neue
Qualitäts 3 Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZI A.-G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

ausgeschlossen, daß das, was der Zeuge R. abgezupft habe, ein Teil des Müslefelles gewesen sei. R. gab noch an, das Wehl sei nur geiebt worden, wenn es städig und stumpf war.

Der Zeuge Bädergefelle D. sagte aus, der Gefelle R. habe den Teig getreut und dabei Sadelforen gefunden, der Meister habe ein Stillschen von einer kleinen Maus gefunden, R. habe auch ein solches hinterst einer Maus, zwei Beine und den Schwanz gefunden. D. hat die D. dem Meister gezeigt, trotzdem ist der Teig weiter verarbeitet worden. D. gab ebenfalls an, das Wehl sei in der Regel nicht geiebt worden, weil des Nachts immer keine Zeit zum Sieben gewesen sei. Erst nachdem die Mäuse im Teig gefunden waren, habe der Meister angeordnet, das Wehl zu sieben.

Zeuge Bädergefelle R. hat den Teig zurechtgemacht. Als die Maschine ein Weiden gegangen war, seien in dem Teig Sadelforen in die Höhe gekommen, die so mit einander verflochten waren, daß sie aussähen wie ein Müslefell. R. hat das Rest dem Stiefsohn des Meisters gegeben. Als der Meister dann gekommen sei, habe er beim Abwiegen eine vollständige Maus im Semmelteige gefunden. Der Meister habe diese schnell unter die Leute geworfen, wahrscheinlich habe Vechner geglaubt, die Gefellen hätten von dem Vorgange nichts gemerkt. R. habe dann die zweite Maus gefunden, diese sei vertrieben gewesen. Als R. die Maus dem Meister zeigte, sagte dieser: „So eine Schweinerei, ich habe auch schon eine gefunden.“ Die dritte Maus sei in der Maschine zerhackt worden. Auch R. sagte aus, der Meister habe erklärt, das Wehl brauche vor der Verarbeitung nicht geiebt zu werden, die Bäckerei sei nicht sauber gewesen. Ebenso mußte der Stiefsohn des Angeklagten zugeben, das Wehl sei, wenn es direkt von der Mühle kam, vor der Verarbeitung nicht erst geiebt worden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Redar, beantragte, den Bäderobermeister Simon als Sachverständigen zu vernehmen. Der Rechtsanwalt meinte, es komme beim Baden vor, daß Mäuse in den Teig kommen, die von der Maschine zerhackt werden; trotzdem könne der Teig verarbeitet werden, denn er habe wegen den Mäusen noch nicht gekühen. Ueber diese Ansicht sollte sich der Sachverständige äußern. Als zweiter Sachverständiger war von der Verteidigung Dr. Gerber geladen, der bekunden sollte, daß solcher Teig noch nicht verdorben sei.

Das Gericht lehnte die Vernehmung der Sachverständigen ab. Vechner behauptete auch nach der Zeugnisernehmung, die Gefellen seien schuld. Sie seien zu faul gewesen, das Wehl zu sieben. V. meinte, er habe eingesehen, wenn er organisierte Leute habe, sei das ganz anders, die sieben das Wehl. Wenn er einmal Leute gehabt habe, die vorher im Konjum gearbeitet hätten, sei das Wehl geiebt worden, bei den Leuten liege Schweiß drin, das sei ganz anders als bei den anderen, die sonstgeht auf der Straße liegen, weil sie nichts tun wollten.

Der Amtsanwalt beantragte, die „Schweineerei ganz ungläublicher Art“ nicht mit einer Geldstrafe, sondern mit Freiheitsstrafe zu bestrafen. Der Rechtsanwalt beantragte, den Angeklagten freizusprechen, weil das Geschäft nicht ihm, sondern seiner Frau gehöre. Sollte das Gericht aber zu einer Verurteilung kommen, so sei eine milde Strafe angebracht, da Vechner ohnehin schwer geschädigt sei.

Das Gericht verurteilte Vechner zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis. Es hat angenommen, nicht die Ehefrau, sondern der Angeklagte sei für die Vorgänge verantwortlich zu machen. V. habe noch nicht einmal den Teig, der um die Müslefellen lag, entfernt. Dadurch sei beim Sieben der ganze Teig mit dem von Müsleiden berührten Teig in Verbindung gebracht worden.

Die ungläublichen Schweinereien sind, das verdient noch einmal hervorgehoben zu werden, nur durch Zufall bekannt geworden. Den Vorwurf Vechners, die Gefellen seien an der Schweinerei schuld, wiesen diese energisch zurück. Bei V. sei oft von abends 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet worden. Vechner war bisher auch ein eifriger Gegner der gewerkschaftlichen Organisation; von der Bewegung des Rost und Logistmeisters in den Bäckereien wollte er nichts wissen.

protestiert gegen ein Verhalten der Polizei, durch welches die Bedeutung der städtischen Parkanlagen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sind.

Zur Begründung führte Genosse Dr. Rosenfeld aus: „Der Spielplatz im Friedrichshain wird seit 1911 von der heranwachsenden Generation der Arbeiterklasse eifrig benutzt, dank dem Entgegenkommen der Parkdeputation. Die jungen Leute erholen sich dort von des Tages Arbeit und pflegen dann mit Bezug den Spielplatz zu verlassen. So geschah es auch am 19. Mai. Die jungen Leute sangen das Schöffelied „Der fahrende Schüler“: „Wohlauf die Luft geht frisch und rein! Am Ausgang des Friedrichshains wollten die Leute sich eben von einander trennen, als ein Beamter der Schutzmannschaft mit einem Hund erschien. Ihm schien der Gesang nicht zu gefallen und das Auseinandergehen zu lange zu dauern; er soll kommandiert haben: „Ein bisschen schneller, sonst werde ich euch auseinanderbringen!“ Da sprang der Hund auf einen der jungen Leute zu und biß ihn, so daß er laut aufschrie. Darauf wandte sich ein anderer an den Beamten und bat ihn höflich, ihm die Nummer mitzutheilen, um über ihn eine Beschwerde zu ermöglichen. Die Antwort war: „Scheren Sie sich nach Hause!“ Der junge Mann folgte dieser Aufforderung; der Beamte aber paßte ihn am Arm und hielt ihn fest. Sofort fiel auch der Hund diesen zweiten jungen Mann an, bis er hinfiel, und als er am Boden lag, biß der Hund immer von neuem auf den Menschen ein. Als der Hund endlich abließ, sorgte der Beamte nicht etwa für einen Arzt, sondern nahm den jungen Mann, ohne auf seinen Blutverlust zu achten, auf die Polizeiwache mit. Der Transport ging durch den ganzen Friedrichshain und eine große Anzahl von Leuten folgten diesem etwas eigentümlichen Schauspiel. Dort, wo das Denkmal Friedrichs des Zweiten steht, kam es zu einem nochmaligen Zusammenstoß; ein junger Mensch lief fort, der Polizeihund packte ihn und verfehlte ihm mehrere Bisse. Zwei der jungen Leute und am nächsten Tage zum Arzt gegangen; der dritte einige Tage später. In den Akten wird bescheinigt, daß an den Füßen und Armen Rißwunden von 7 und 8 Zentimeter Breite festgestellt wurden. Einer der Geblissenen ist 14 Tage arbeitsunfähig gewesen. Die Akten sind von unseren Kollegen Wenzl und Bernstein ausgestellt. Ich habe zwei von den jungen Leuten unmittelbar nach dem Vorfall gesehen, und mich hat Entsetzen gepackt, wie sie aussehen. Zwei von den jungen Leuten haben Strafverfügungen bekommen; es wird in der einen gesagt, daß der Betreffende ungebührlicherweise unehelichenden Lärm verübt habe, indem er mit hundert anderen laut singend daher gezogen sei. Der andere soll auch noch die Anlagen beschädigt haben — nämlich indem er auf der Flucht vor dem Hunde in die Anlagen lief. Die Strafen lauten auf 4 und 7 Mark. Diese Strafen zeigen doch wohl schon, daß es sich hier nicht um Komödien handelt. So wichtig ein Polizeihund bei Ermittlung von Verbrechen sein kann, Anfälle wie diese dürfen doch nicht dahin führen, Polizeihunde zu verwenden. Der Fall steht auch nicht vereinzelt da. Bei einer Razzia im Treptower Park wurde ein Mann, der sich dort erging, ebenfalls von einem Polizeihund angefallen, der ihm freilich nur Kopf und Hose zerriß; im Tiergarten hat ein Polizeihund einem fünfjährigen Kinde in die Wade gebissen. Die Schönheiten unserer städtischen Parkanlagen hat der Oberbürgermeister erst jüngst gerühmt und die Bürgerschaft zur Benutzung aufgefordert. Solche Vorfälle aber sind eine sehr schlechte Empfehlung dafür. Im Interesse der Bürgerschaft müssen wir dazu das Wort ergreifen, und wir empfehlen ihnen deshalb die Annahme unseres Antrages.“

Stadtverordneter Rommsen nahm an den Ausdrücken „mit Bedauern und Enttäuschung Kenntnis“ Anstand und empfahl Verurteilung, bis das gerichtliche Verfahren erledigt ist. Mit diesem Antrage erklärte sich Genosse Dr. Rosenfeld einverstanden und wurde von der Versammlung so beschlossen. Daß man die Verletzten noch mit einem Strafmandat beglücke, statt den Schutzmann, der den Polizeihund geholt hat, zu bestrafen, ist nicht weiter verwunderlich.

Stabschef Herrmann hat in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand beschlossen, den Parteitag in Jena abzuhalten, und zwar vom 14. September ab.

Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

- Geschäftsbericht des Parteivorstandes:
- Allgemeiner Bericht. Referent: Genosse Scheidemann.
- Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
- Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Roden.
- Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse H. Schulz.
- Mailier. Referent: Genosse Ebert.
- Steuerfrage. Referenten: Genossen Rumm und Dr. Südekun.
- Sonstige Anträge.
- Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Der diesjährige Parteitag.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Kommunales.

Schutz vor Polizeihunden!

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte sich in ihrer letzten Sitzung am 5. Juni mit folgendem Antrag Dr. Arons' und Genossen zu beschäftigen: „Die Versammlung nimmt mit Bedauern und Enttäuschung davon Kenntnis, daß am 19. Mai jugendliche Arbeiter nach Verlassen des städtischen Spielplatzes im Friedrichshain durch einen Polizeihund schwer verletzt worden sind, und

Aus der Partei.

Preßprozesse.

Genosse Wittwuch, der verantwortliche Redakteur des Königsberger Parteiblattes, hatte einen Strafbefehl, der noch nicht rechtskräftig geworden war, abgedruckt und dadurch den Paragraf 17 des Preßgesetzes verletzt. Die Königsberger Strafkammer verurteilte ihn zu der hohen Strafe von 100 Mark. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als 200 Mark beantragt.

Die Volkszeitung in Mainz hatte von dem katholischen Pfarrer Michel in Wies-Oppenheim behauptet, er habe die

Stimmig-Beiträge für einen Kirchenbau, die seine Getreuen irrtümlich in die Kartubrit der Sammelliste eingeschrieben hätten, so wie sie bezeichnet waren einfließen lassen. Da sich herausstellte, daß diese Beitrag auf einer unrichtigen Information beruhte, erklärte Redakteur Genosse Munt vor dem Schöffengericht, daß er zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung bereit sei. Doch davon wollte der Herr Seelinger nichts wissen; er verlangte unter allen Umständen Bestrafung, da Munt ein Feind der Kirche sei und zum Austritt aus jeder Religionsgemeinschaft auffordert. Der Wille des frommen Herrn geschah: Genosse Munt wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Die Zahl der Beschprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai 1913 belief sich auf 12. Es wurde erkannt auf 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und circa 1200 Mark Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe gefällt, wobei vier Freisprechungen.

Wintergarten

Direktion Julius Mütt.

Danzig da kannst du stolz drauf sein

Lokal-Revue in 5 Bildern.

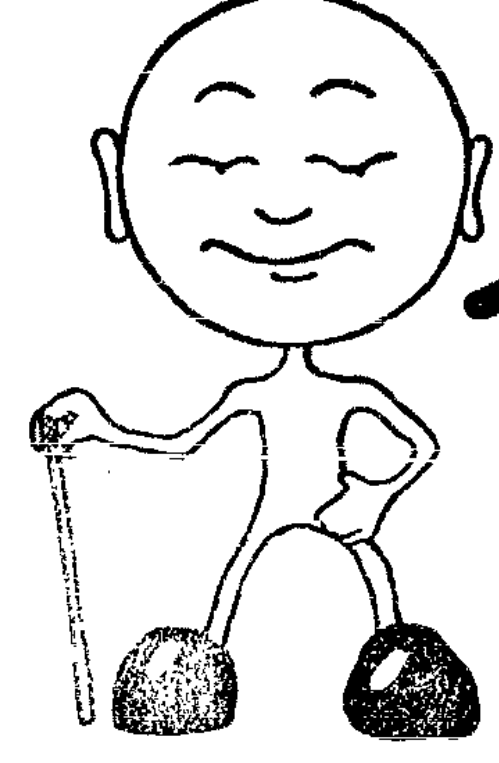
Vorher die glänzenden Spezialitäten.

Anfang p.ä.ä.ä. 8 Uhr.

Friseur Schumacher, | Sofa, Sofatisch und Spiegel fort- |
Heilgenbrunnerweg Nr. 10, | jugalber billig zu verkaufen, |
R. Eichmann, Am Jakobstor 19.

wie ein Spanier können Sie auf das hübsche und brauchbare Geschenk sein, das Ihnen Falls von Dr. Goldperle's Vielfachseitenpulver „Goldperle“ beliebt.

Verlangen Sie aber ausdrücklich „Goldperle“.



S. Malteniorf
ELBING, Alter Markt 3
Mobil- und Konfektion.

N. Fingerhut, Parf.
Milchkanne, Seife, etc.

Alkoholfreie Getränke.

hr. Schatz
Teleph. 450

Simitco
Bäckereiblog

H. Herder
Bierbrauerei

Jos Goldstein
Befriedern und Borten

Wanziger Aktien- Bierbrauerei
Anfangsatz ca. 100000 hl.

Die Schlagschneiderei
Schloßbräu u. Ritterbräu

M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

A. Alfermann
Destillation, Liköre

F. Berner
Spezialhaus, Nungasse 16-11

Oscar Schatzmann
Tischler- geschäft

Erscheint wöchentlich einmal

Hotel
v. d. Linden Löwen
Grandenz, Unterthorstr. 11

Blumenhandlungen

Brotfabriken

Danziger Brotfabrik
H. m. b. H., Kolkowgasse 13

Bur-ten, Braun, Pilsol

Julius Goldstein
Bankgasse 3

Bäcker, Eier, Käse

Horst Lettau, Hundegasse 36
ca. 60 Käsesorten stets am Lager.

J. NOETZEL
Parf. Gasse 32

M. Krause
Parf. Gasse 13

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiß-, Wollwaren.

A. Alfermann
Destillation, Liköre

F. Berner
Spezialhaus, Nungasse 16-11

Oscar Schatzmann
Tischler- geschäft

Bezugsquellen-Verzeichnis

Progen und Farben
Hauptstr. 15, 1-3
Artikel 2 Wasche und Krankenpflege.

Fabrikat, Nahmaschinen

Ernst Röhrl, Breitgasse 78.
V. d. Linden, Kolkowgasse 21, T. 404.

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

Häkegasse 10
Herrengarderobe, Schuhwaren.

S. Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 57
Arbeiterkleidung

Schwersenz
Langfuhr, Hauptstr. 41a

Goldperle
Bierbrauerei

Herr-nazikel
Hauptstr. 15

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

Hut-Haus London

ENGLISH CLUB
Breitgasse 106/107

SCHMIEDEGASSE 7
Altsiedler Graben 78

Kaufhäuser

Partiwaren, Gelegenheitskäufe

Johannes Schamp
Elbing, Fischersstr. 43/44

Sally Bieber, Stadtgeb. 46
Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren

Danziger Brotfabrik
H. m. b. H., Kolkowgasse 13

C. Ehlert
Schmidtstr. 11

J. Woelke, Ohra, Hauptstr. 19.

Rekolonial und Fettwaren

H. ESAU,
Schmidtstr. 11

Rich. Folchert
Schmidtstr. 11

Alten Schalka, Fischmarkt 25

Schneider-Artikel

Julius Goldstein
Junkergasse 2

Schnapf-Tabak-Fabriken

Joh. Kostuchowski
Danzig-Schilff

Julius Goldstein
Hauptstr. 15

Schuhwaren

Großes Schuhwarenlager
Hauptstr. 15

Schuhwarenhaus
Tuchler

L. Michaelis
H. Danen Nr. 8

Seifen- u. Toiletteartikel

Julius Goldstein
Junkergasse 2

Spielwaren

Julius Goldstein
Junkergasse 2

Sprechmaschinen, Platten

Trikotagen, Wollwaren

Julius Goldstein
Junkergasse 2

Uhren und Goldwaren

Wäsche, Weiss- u. Wollw.

Julius Goldstein
Junkergasse 2